

# Wochenschrift für den gesamten Osten

**Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W. 30.**

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1 50 M., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.  
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4 gespaltelten Zeile 45 Pf.

Berlin, 30. November 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 565: Die französische Note. — S. 566: Unter der Herrschaft der Wirtschaft. — S. 568: Das russisch-polnische Bündnis. — Das polnisch-französische Bündnis. — S. 569: Das Ostbaltische, die Kanaküste und die Polen in Ostpolen. — Die Karawane Kaspatzki in Ostpolen. — S. 570: Judentum und Polen. — Die Wagnerskaya in Polen. — Das der Selbstbehauptung in Rationen. — S. 571: Absicherung gegen die Freier deutsche Universität. — Ostbaltische. — S. 574: Der gesellschaftliche Bund. — S. 575: Der dem Ende des Rohstoffkriegs. — Zusammenarbeit Württemberg-Ostpreußen. — S. 576: Bilder.

## Die französische Note.

Seit über vier Monaten ist Frankreich vergebens um die Verwirklichung seiner Ostpaktpläne bemüht. Polen hat seine von vornherein erkennbare Absicht, die Erfüllung über die von Warschau und Vilnius vertretenen Pläne möglichst hinauszuzögern, verweigert. Es hat sich bisher wieder durch offene noch durch versteckte Verhörungen, wobei durch Scheinverträge und durch Verpfändungen aus seiner Zurückhaltung gegenüber den französisch-russischen Plänen herauslocken lassen. Und es hat damit schließlich erreicht, daß Frankreich sich dazu entschließen mußte, Polen in der Paktfrage verschiedene Konzeptionen zu machen. Vorübergehend schien es so, als ob Vavol die Pläne seines Amtsvorgängers zu den Akten zu legen gedächte. Jetzt jedoch hat der französische Westminister in Warschau ein im polnischen Außenministerium die Antwort seiner Regierung auf die Vorbehalte, die von polnischer Seite zum Ostpaktprojekt gemacht worden sind, überreicht. Damit ist die Frage des Ostpaktes wieder akut.

Der Inhalt der französischen Note ist nicht bekannt. Doch läßt sich aus verschiedenen Äußerungen Vavols und aus den Kommentaren der dem Quai d'Orsay wohnhabenden französischen Presse entnehmen, daß Paris den Wünschen Warschaus in maßvoller Hinsicht Rechnung zu tragen bereit ist. Polnischerseits war geltend gemacht worden, daß Polen nicht einem Pakt beitreten könne, durch den es zu bestimmten Garantien eines Staates gegenüber verpflichtet wird, der sich gemeinsam in Vilnius — bisher hartnäckig gemweigert hat, verzögerte diplomatische Beziehungen mit Warschau aufnehmen und zu unterhalten. Frankreich soll diesem Einwand nun insoweit entsprechen haben, als es sich damit einverstanden erklärt hat, daß Polen, wenn es dem Pakt beitrifft, davon befreit wird, die litauischen Grenzen zu garantieren. Hierzu ist folgendes zu sagen:

Eine bloße Befreiung von der Verpflichtung zur Grenzgarantie entspricht durchaus nicht der von Polen bisher vertretenen Ansicht. Warschau hat mehrfach durch sein politisches Auftreten zu erkennen gegeben, daß es die Herstellung dauerhafter Beziehungen zu Kauen und den angrenzlichen oder doch zum nächsten nächsten "erzürten" Litauen als eine weitere geeignete Haltung in der Hinsicht für eine notwendige Voraussetzung der Teilnahme Polens an einem Pakt ansehen hält, zu dessen Inhalt auch das widerpenige und löstige Litauen gehört. Polen hat bisher immer den größten Wert darauf gesetzt, daß eine Situation erhalten bleibt, in der Litauen gezwungen ist, bei seinen etwaigen Auseinandersetzungen mit Polen diesem allein gegenüberzutreten; es hat seinen eigenen Nachbarn gegenüber eine Isolationspolitik getrieben, die freilich durch den Abschluß des Wagnerskies, der Litauen einen gewissen Rückhalt an Litauen und Verfall liefert, durchkreuzt werden ist. Polen hat das Zustandekommen dieses Paktes als politische Schlappe empfunden; und es hat offensichtlich kein Interesse daran, den Mißerfolg seiner baltischen Politik durch eine weitere freiwillige Verdrängung seiner Bewegungsfreiheit gegenüber Litauen noch zu vergrößern. Das wäre aber nach dem französischen Kompromißvorschlag der Fall. Denn die Befreiung Polens von einer Garantie der litauischen Grenzen hätte kaum mehr als formale Bedeutung. Praktisch liegen die Dinge doch so, daß Polen bei allem, was es in der litauischen Frage zu unternehmen gedenkt, Paktverweigerung zeigen würde. Paris und Moskau um ihre Meinung zu fragen.

Das von Polen bisher stets abgelehnte Einmischungsrecht dieser beiden Mächte in die polnisch-litauischen Beziehungen wird durch den französischen Kompromißvorschlag in keiner Weise befristigt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß nach französischer Auffassung ausgenommen das Memellandgebiet die Brücke kein, läßt die Litauen und Polen gemeinsam in den Ostpakt hineingelockt werden. Aber hat — wie schon vorläufige Blätter mitteilen — die Regierung in Kauen dadurch mit seinem Plane, Polen von der Garantie der litauischen Grenzen zu entbinden, ein Einverständnis, das es dieser Regierung freie Hand im Memellandgebiet zugesagt hat. Nachdem von juristischer Sachverständigen der Signaturmächte des Memellandstatuts jetzt endlich das Rechtsgutachten über die litauischen Verträge gegen die memelländische Autonomie fertiggestellt worden ist, hat sich — wie es heißt — Frankreich dafür eingesetzt, daß es, um Litauen zu schonen, nicht nur auf die Veröffentlichung des Gutachtens verzichtet, sondern daß sich auch der Verleumdung des Gutachtens verzichtet, und daß er auf eine weitere Behandlung des Gutachtens verzichten möchte, das heißt: die Memellandangelegenheit überhaupt nicht mehr behandeln. Frankreich will demnach also, um seinen Pakt unter Dach und Fach zu bringen, das Memelland weiterhin der Willkür der Litauer preisgeben. Javalich aber stellt es an Deutlichkeit, dem das politische Maritimum dieses Gebietes doch wahrhaftig nicht gleichgültig sein kann. Das Aninnen diesem Teil haben beizutreten und das heißt: die Preisgabe des Memellandpaktes gutzuheißen.

Der zweite wichtige Vorbehalt, den Polen zum französischen Ostpaktvorschlag gemacht hat, bezog sich auf die Litauen. Auch hier gibt sich Frankreich den Anschein, als ob es bereit ist, dem polnischen Verlangen Rechnung zu tragen: Wie bei Litauen, so soll Polen auch in diesem Falle von einer Teilnahme an der Garantie der Grenzen befreit sein. Wie bei Litauen, so hat Polen auch, in diesem Falle, bisher, dem "erzürten", ein "unabhängige" Gestaltung seiner außenpolitischen Beziehungen gelegt. Wie dort so wäre aber auch hier trotz des Vorbehaltes in bezug auf die Grenzgarantie die polnische Außenpolitik durch den Pakt verdrängt worden. Auf die Entmischung des polnisch-litauischen Verhältnisses könnte sich eine solche polnische Bindung an das neue Schicksal der europäischen Politik, als keinesfalls fördernd auswirken. Polen hat bisher die Ansicht vertreten, daß die Litauen, die geopolitisch zum Donauraum tendiert, überhaupt nicht in den Rahmen eines nord-baltischen Paktes hineinpaßt. Dieser Auffassung wird durch das "Pariser", "Jugoslawien" in der Garantiefolge in keiner Weise Rechnung getragen.

Ebenso unzulänglich und zweideutig wie die französische Einseitigkeit in der polnischen Forderung einer vorbehaltlosen Festhaltung des deutsch-polnischen Paktes durch den Ostpakt und einer Teilnahme Deutschlands am Ostpakt erscheinen. Hier hat Vavol freilich anschließend zunächst einmal eine wesentliche Schwächung gemacht: So Sogelalt zu seinem Vorgänger Warschau, der dem Ostpakt gegebenenfalls auch ohne Deutschland durchbringen wollte, scheidet

er auf dem Standpunkt zu stehen, daß ein solcher Pakt, wenn er überhaupt einen Sinn haben soll, unabdingt der deutschen Einnahme bedarf, und er soll Polen versichert haben, daß er die Aufnahme nicht nur des deutsch-polnischen Paktes vom 26. Januar, sondern auch des polnisch-russischen Richtungs- und Paktes in den Ostpakt für zweckmäßig halte. Schön! Aber wie soll das gelingen? Der Beitritt Deutschlands legt eine vorübergehende Vereinigung und Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses voraus. Dieses aber wird in entscheidender Weise von der Sozfrage hahlotet. Also hängt letzten Endes das Schicksal des Ostpaktes davon ab, daß Frankreich aus dem Ergebnis der Abstimmung vom 13. Januar nächsten Jahres schnell und vorüberfalllos die Forderung zieht, zu der es vertraglich verpflichtet ist: Freizügigkeit des gesamten Gebietes. Damit schließt sich der Kreis und Frankreich rückt sich in seinen eigenen Schlingen.

Von dem vierten Verbehalten, den Polen zum Ostpakt angemeldet hatte, scheint in der französischen Antwortnote nicht die Rede zu sein. Es handelt sich um die Bestimmung, die den wesentlichen Inhalt des Paktes, die Verpflichtung zu militärischer Hilfeleistung und das Durchmarschrecht „verhängender“ Truppen im Falle eines Krieges gegen einen „dortbestehenden“ Partner betreffen. Polen hatte hier — ähnlich wie Deutschland — von vornherein Bedenken dagegen geltend gemacht, daß es u. U. in einen militärischen Konflikt hineingezogen werden könnte, an dem es

nicht interessiert ist, und daß es als ein „Staat der Mitte“ zum Aufmarschgebiet fremder, wenn vielleicht auch „befreundeter“ Heere werden könnte. Von französischer Seite schienen in bezug auf diese beiden Fragen schon vor einiger Zeit gewisse Zugeständnisse an Polen gemacht worden zu sein. Die sehr enge Beziehung zwischen die in militärischer Hinsicht russisch-französischen Pakten und Moskau behielten und die Artimaband kürzlich — zum Entsetzen der französischen Regierung — ganz unerwartet aufgehoben hat, lassen es jedoch wenig glaubwürdig erscheinen, daß Frankreich im Ernst daran denkt, Polen von den Verpflichtungen aus diesen entscheidenden Bestimmungen seines Paktes zu befreien. Unwünschte und gefährliche Auswirkungen dieser Bestimmungen auf Polen ließen sich wohl nur dann vermeiden, wenn Frankreich von seiner engen militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zurücktreten würde. Dazu aber ist es wohl nicht so leicht, ebensoviele wie sein Vorgänger bereit. Die Polen ergibt sich somit als logische Schlussfolgerung aus dieser Lage, daß ihm im Rahmen des Paktes eine ziemlich untergeordnete Rolle zugebracht ist. Denn je stärker Paris und Moskau miteinander verbunden sind, umso weniger Anlaß hat Frankreich, auf den eventuellen polnischen „Partner“ Rücksicht zu nehmen. Warfchau hat unter diesen Umständen allen Grund zu verlangen, daß Paris, ehe es Polen in die Pakt einzufügen erlaubt, seine russische Fremdbildung ihres abenteuerlichen Charakters entkleidet.

Dr. R.

## Unter der Herrschaft der Großklausur.

Die „große Politik“ und kleinen Banen.

Während die litauische Regierungselite das Memelland schikanieren, leidet der litauische Bauer bittere Not. Und es scheint ihm noch nicht einmal zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß seine Not gerade daher rührt, daß die Kaufe, die ihn regieren, den Ertrag haben, sich in der „großen Politik“ zu verlaufen. Weil es die Regierung in Kauen für richtig hält, das deutsche Memelgebiet zu unterdrücken, hat der litauische Bauer keine Möglichkeit mehr, seine Erzeugnisse zu lohnenden Preisen in Deutschland unterzubringen. Er muß sich mit den erheblich niedrigeren Preisen, die ihm der Engländer bietet, begnügen. Seine Genossenschaften, die er mit Mühe und Fleiß aufgebaut hat, sind notleidend geworden. Die Frauen werden gezwungen, monatlich, entprechend ihrem Gehalt, eine bestimmte Anzahl von Säulen zu liefern. Dem Bauer wird dadurch nur wenig geholfen, aber der Verbraucher zu Ausgaben gezwungen, die ihn zu Einschränkungen im Verbrauch wichtiger Nahrungsmittel, und notwendiger Verbrauchsgüter zwingen. Allmonatlich muß er den Verbrauch von so und soviel Säulen (1 Säule auf je 100 Lit Einkommen) nachweisen können. Und außerdem wird er dazu angehalten, täglich — nachweisbar — ein bestimmtes Quantum Milch zu sich zu nehmen.

Vitauen besitzt nur eine geringe Anzahl von Industrie. So hat es j. B. nur zwei Textilfabriken. Aber die Regierung in Kauen hält es für angebracht, auch diese wenigen Anstöße einer eigenen industriellen Entwicklung ihrer Memelpolitik zum Opfer zu bringen. Seitdem Deutschland das frühere der meiste wirtschaftliche Abnehmer landwirtschaftlicher litauischer Erzeugnisse war, als Abnehmer mehr und mehr ausgeschlossen ist, hat die Kauerer Regierung versucht, sich Zutritt zum englischen Absatzmarkt zu verschaffen. Das ist ihr — j. B. mit der Butter — in ziemlich beträchtlichem Umfange gelungen. Aber einmal spöbt der Engländer, wie gefogt, weil schlechtere Preise, als sie der deutsche Abnehmer zu zahlen bereit war; und dann hat es der Engländer verstanden, gehörigen Vorteil aus der selbstverschuldeten handelspolitischen Notlage Vitauens zu ziehen: Vitauen hat sich in dem nur einzigen Memelland zu Hause gekommen. Handelsvoerting j. B. erst die kleinen mühen englische, schlissamer, zu überaus geringen Bedingungen anzunehmen. Die Bedingungen sind so, daß den beiden litauischen Textilfabriken wohl nichts anderes übrig bleiben wird, als ihre Betriebe zu schließen, weil sie nicht mehr in der Lage sind, sich gegenüber der englischen Konkurrenz zu behaupten.

So wie es mit der Butter und den Textilien geht, so geht es auf allen Gebieten. Das Wirtschaftsleben wird zugrunde gerichtet, weil die Regierung in Kauen der Befriedigung ihrer politischen Gelüste im Memelland nachgeht. Dieser Politik werden der litauische Bauer und der litauische Arbeiter geopfert. Um dieser Politik willen lebt der Kauerer Regierungselite ihre ganz Volkswirtschaft aufs Spiel. Denn das versteht sich von selbst, daß Deutschland jedes wirtschaftliche Entgegenkommen einem Lande gegenüber ablehnen muß, dessen Regierung sich die Vernichtung des Deutschtums eines Gebietes zum Ziel gesetzt hat, das nach überdauernder Zugehörigkeit zum deutschen Kultur- und Staatsverband gegen den geschlossenen Willen seiner Bevölkerung zunächst dem Mutterlande losgerettet und dann mit militärischer Gewalt dem litauischen Staate zugeführt worden ist. Sozialnationales Rückgrat muß man auch von den deutschen Wirtschaftskreisen, die an sich die Möglichkeiten zu Selbstverbindungen mit Vitauen haben, verlangen, daß sie auf eine Verantwortung der Möglichkeiten verzichten. Denn jeder Volkten litauischer Waren, der nach Deutschland bereinkommt, ist letzten Endes eine Unterdrückung der litauischen Unterdrückungspolitik im Memelgebiet. Vitauen könnte mit Deutschland in Frieden leben; es hätte nicht nötig, sich durch die provokatorische Unterdrückung des deutschen Memelgebietes mit einem gefährlichen innerpolitischen Problem und mit wachsenden

Schwierigkeiten in der Handelspolitik zu belasten. Aber die Leute, die von Kauen und Memel große Politik machen möchten, müssen es besser. So sollen sie auch die Suppe, die sie sich oder vielmehr der Masse ihres Volkes eingetrocknet haben, ausöffeln.

Der Bauer Memellanden.

Im litauischen Vager ist man dabei, sich auf einen weiteren großen Schlag gegen das Memelgebiet vorzubereiten. Und zwar scheint es sich diesmal um die völlige Abschaffung des Memelstatuts zu handeln, das immer praktisch — trotz all seinen Bestimmungen schon längst außer Kraft gesetzt ist, formal aber auch jetzt noch besteht. Immer, wenn die Vitauer etwas Besonderes vorhaben dann machen sie „kehrende Volksversammlungen“, in denen (vorher mit dem Gouverneur sorgsam vereinbarte), „Entscheidungen“ gefaßt werden, durch die dem Gouverneur der „Wille des Volkes“ zur Kenntnis gebracht wird. Das war j. B. damals so, als das Deutsche Direktorium in Kauen abgesetzt werden sollte. Und so ist es auch jetzt wieder: In Versammlungen der litauischen Bauernverbände und anderer Organisationen wird „eine grundlegende Änderung der Regierungsordnung im Memelgebiet“ verlangt, und dem Vorstand, in dem bekanntlich unter 29 nur 5 litauische Abgeordnete sitzen, der Vorschlag gemacht, daß es „die Durchführung eigener miltärischer Projekte“ des Direktoriums verweigere, und es wird dabei „die unverzügliche Beseitigung aller beschrankenden Hindernisse“ und der Erlaß von Notgesetzen unter völliger Ausschaltung des Vorstandes verlangt.

Neue Memelbeschwore.

Der Vizepräsident des Memelländischen Landtages, Schulat Meyer, hat an die Unterzeichnermächte des Memelabkommens einen Vorschlag zu seiner im September eingereichten großen Beschwore gerichtet. Der „Bauer“ weist in diesem Zusammenhange darauf hin, daß die Verhältnisse im Memelgebiet sich trotz der Beschwore nicht bessern konnten. Ende September in Kauen erhoben haben, nicht gebessert, sondern aber verschlechtert haben. Die neue Beschwore liefert umfangreiches Material darüber, daß die litauischen Behörden, nachdem sie sich der memelländischen Verwaltung gewaltfam bemächtigt haben, namentlich energisch ihren Einfluß in personeller und organisatorischer Hinsicht in den einzelnen Verwaltungsbezirken zur Geltung bringen. Eine der einschneidendsten Maßnahmen des Direktoriums, gegen die nun Einspruch erhoben wird, ist die Veränderung über die gewaltfame Einführung der litauischen Sprache als Unterrichtssprache in den Volksschulen und im Gymnasium in Memel. Der weiteren wird über die Maßnahmen gegen den memelländischen Kulturbau berichtet. Obwohl dieser in erster Linie und in aller Öffentlichkeit manifest verlorste Kriegsbefähigte und verschiedene Kulturorganisationen unterstützt, hat ihm die litauische politische Polizei kürzlich 27000 Lit abgenommen, die ihm zum Teil vom Volksbank für das Deutschtum im Auslande als Beihilfe für die Kriegsbefähigtenunterstützung überwiesen worden waren.

Der dritte Klagepunkt betrifft die Entscheidung der Arbeitsgemeinschaft für zehn memelländische Selbststände. Durch diese Maßnahme des memelländischen Gouverneurs soll erreicht werden, daß den abgetrennten Memelländern nicht einmal mehr der geistliche Zutpruch in ihrer Muttersprache teil werden kann. Viertens wird Klage erhoben, daß die widersprechlich eingesetzten autonomen Behörden sich weigern, Entscheidungen der memelländischen Gerichte anzuerkennen und ihre Vollziehung behindern. Die allgemeine Rechtsunsicherheit im Memelgebiet hat sich also jetzt zu einem Zustand der Rechtslosigkeit entwickelt.

Die übrigen Klagepunkte betreffen statutenmäßige Maßnahmen auf dem Gebiete der autonomen Gesetzgebung. Um zum Beispiel eine dauernde Beschlußunfähigkeit und damit eine dauernde Ausschaltung des memelländischen Landtages zu erreichen, hat das Direktorium durch eine willkürliche Auslegung des Wahlgesetzes die in Artikel 11 des Statuts festgesetzte Zahl der Abgeordneten von 29 auf 26 herabgesetzt. Ferner wird gegen die mehrheitliche Entscheidung eines Abgeordnetenkollegiums die mit der widerrechtliche Schließung der außerordentlichen Sitzungen des Landtages durch den Gouverneur geklagt. Dabei räumt weder das Wahlgesetz noch das Statut den Behörden irgendwelche Rechte in bezug auf die Zusammenfassung des Landtages ein.

Der „Dunö“ schließt seinen Bericht mit folgender Bemerkung: Die neue Beschlüsse ist wiederum ein sehr stillendes Dokument. Wie geben der Öffentlichkeit von ihm Kenntnis, weil, weil wir — was litauische Schreiberlinge uns und anderen schweizerischen Vätern nachsagten, von Memelländern gefesselt (im Litauen meint man nichts anderes zu kennen) —, sondern was das Verhalten des litauischen Regierung im Memelgebiete berattigt empfindend ist, daß jede rechtmäßige freie Presse schon aus Selbstachtung dazu Stellung nehmen muß.

#### Schikanen gegen das „Memeler Dampfboot“.

Durch die Vüras der litauischen Behörden des Memelgebietes ging vor kurzen ein Rundschreiben, in dem verordnet werden sollte, auf welche Zeitungen jeder der dort beschäftigten Beamten abnominiert ist. Wiebe dem, der z. B. das „Memeler Dampfboot“ lieft ist wohl damit rechnen, daß er auf einen schädigen Posten im Innern vollkommen geeignet ist. Dasselbe gilt das „Memeler Dampfboot“ heute anders als ein politisches Blatt. Es ist in seiner Berichterstattung unparteiisch, was die litauischen Vorkämpfer in ihren Blättern veröffentlicht, das kann dieses deutsche Blatt, wenn es nicht auf seine amtliche Genehmigung verzichten will, unmöglich seinen Lesern vorlesen. Aber die Lage im Memelgebiet selbst zu berichten, ist diesem memelländischen Blatt unter der Herrschaft der Schamailen nicht möglich. Da sich eine objektive Berichterstattung über die Verhältnisse in Deutschland nicht mit der vom litauischen Kriegskommandanten vertretenen Auffassung über die Sicherheit des litauischen Staates vereinbaren läßt, sind dem „Memeler Dampfboot“ auch in dieser Richtung unerbittliche Schranken gesetzt. Erheben in dieser Zeit, weil es in deutscher Sprache geschrieben ist und weil es jede Beteiligung an der Sache der litauischen Gewaltthäter gemüthlich gegen Deutschland ablehnt, ein Wort im Auge. Und deshalb wird immer wieder der Versuch gemacht, es wirtschaftlich zugrunde zu richten. Wer immer dem Gewaltthäter erdreichbar ist, wird unter Druck gesetzt, um ihn zum Bericht auf dieses Blatt zu bewegen und ihn zum Bezug des „Olfsee- u. Beobachters“ anzuregen, jenes Blattes, das von einem wüthenden Emigranten geleitet und von dem Gouverneur in jeder Hinsicht gefördert wird.

#### Litauische Spittel in den Kirchen.

Bei ihrem Kampf gegen alle Deutsche im Memelgebiet scheuen die Litauer neuerdings auch nicht mehr vor der Heiligkeit der Gotteshäuser zurück. Es sind in letzter Zeit verschiedentlich Fälle bekannt geworden, wo litauische Polizeibeamte während des Gottesdienstes durch die Hauptingänge der Kirche betreten, hier Misthaufen und die Reden des Geistlichen überwachen. Besonders provozierend war, daß sich mehrere dieser Überwachungsbeamten in der Uniform der Grenzpolizei befanden. So hat z. B. ein Beamter der litauischen Polizei sich in der Johankirche in Memel während der Predigt auf eine Kirchenbank gesetzt, ein Notizbuch herangezogen und Notizen gemacht. Vor Schluß des Gottesdienstes ist er wieder hinausgegangen.

#### Lamenische Forderungen.

Über die Zustände in den litauischen Gefängnissen, in denen z. G. noch 130 Deutsche ihrer Aburteilung durch die Kriegsgerichte entgegensehen, liegt jetzt erneut ein erschütternder Bericht eines der von den schamailischen Henkersknechten gefolterten deutschen Volksgenossen vor. In seinem Briefe an den Verfasser, er habe infolge der Mißhandlungen, denen er wie die übrigen Gefangenen infolge des Hasses der Litauer ausgesetzt ist, seine Gesundheit eingebüßt und liege seit drei Wochen im Lazarett. Er sei jetzt ein gebrochener Mann. Ihm und seinen Leidensgenossen könne man nichts anderes vormerken, als daß sie Deutsche seien. „Was wir in den letzten acht Wochen erlebt und an Qualen ausgehalten haben, kann ein Außenstehender sich nicht vorstellen. Drei Mann sind an den Mißhandlungen gestorben, einer ist mahnling geworden vor Qualen und Schmerzen. Einzelne werden mir in einem Hotelgenossen vornehmten. Die Finger wurden mir in einem stütz Riemel gefaßt und so stark gedrückt, daß mir aus den Augen, was die Augen verlangten. Wer nicht genügend antwortete, wurde von vier Mann mit Knuten und Summküppeln grün und schwarz geschlagen. Wir liegen vier Mann in einer ganz nassen und schmutzigen Zelle. Unser jüngster Leidensgenosse, 17 Jahre alt, wurde erst am anderen Morgen von der Vernehmung aus zu uns gebracht. Er war höchst halbtot. Sein Gesicht war bis zur Unkenntlichkeit zerfurcht, an den Augen und am Mund blutete er. Er konnte nicht leben, nicht sprechen, nur jammern.

Ich selbst“, so sagt der Verfasser des Briefes, „habe nach einer üblichen Probe das Gebot verloren. Mich schmerzen jetzt wieder die Hüften; sie sind entzündet von dem wochenlangen Liegen im nassen Keller. Das Wasser triefst von den Wänden, und die Luft ist wie die Pest. Wie tolle Hunde behandelt man uns.“ Der Brief schließt mit der Frage, wie lange das noch so weitergehen solle, und der Bemerkung, die Litauer würden den politischen Gewissensdruck des Verfälschers nicht aus dem Herzen reißen können. Daran knüpft der Verfasser die Mahnung an den Adressaten, den Namen des Verfälschers ja gebühren zu halten, da er sonst ein verlorner Mann ist. Jeder Kommitter hierzu erwidert sich. „Was wird man auch diesen Brief so wie den des Engländers Dentance als Material nach Genf übermitteln, wo ja gerade jetzt wieder eine Memelstürme vom Weltkriegsbund „bearbeitet“ werden soll.

#### Die „Ratenerkiste“.

Da der Kauener Rundfunksender auf Welle 1935 infolge der Übertragung durch den Schwarzfunker, der sich „Munke-Dunke“ nannte, überhaupt nicht mehr empfangen werden konnte, ist er jetzt dem Übergang, obgleich auf der Welle 1935 und der Welle 1955 zu senden. Seit drei Tagen melbet sich der Schwarzfunker „Munke-Dunke“ nicht mehr; er ist anscheinend von dem Behörden „Munke-Dunke“ abgemeldet worden. Das merkwürdige Rundfunküberwachen in Litauen scheint jedoch trotzdem immer humorvollere Formen annehmen zu wollen. Am 25. November meldete sich auf der Kauener Welle ein neuer Sender mit Telegraphiezeichen und einer Anschrift, die bei den Deutschen der Grenzgebiete scharfe Heiterkeit auslöste: „Wie du mir, so ich dir! Hier sind die Matze von dem Verein „Ratenerkiste“ Solange Herr Angulius aus Memel den Rundfunk empfangen mit seinen Telegraphiezeichen hört, werden wir mit unferer Kiste knallern! Wie du mir, so ich dir!“

#### Konflikt mit dem Vatikan.

Vor etwa vier Jahren kam es einmal zu einem scharfen Konflikt zwischen der Kauener Regierung und dem Vatikan. Der Streit rihte sich damals so, daß der päpstliche Nuntius Monsignore Bartoloni aus Litauen ausgewiesen wurde. Seitdem ist der Vatikan in Kauern nur noch durch seine Gesandtschaft vertreten. Ein Bruch konnte damals nur durch ein Zugestehen des Vatikans vermieden werden. Die Beziehungen zwischen Kauern und der Kurie sind nach dem Abbruch eines Konkordats zu entspannen. Jetzt ist eine neue Verhandlung eingeleitet. Der litauische Chauvinismus, unter dem das Memelland zu leiden hat, richtet sich in letzter Zeit auch mit zunehmender Schärfe gegen den römischen Klerus. Die litauische Regierung trachtet danach, die Machtpositionen des Klerus noch weiter einzuschränken und die Weisheitlichkeit möglichst ganz vom Staat abhängig zu machen. Unter Umständen kann sich aus dieser geplanten „Machtkampagne“ zwischen Kauern und Rom entwickeln, der auf der einen Seite die Stellung der römischen Kirche im ganzen Weltbolle und auf der anderen Seite den Bestand des litauischen Staates berührt. An Deutschland wird man jedenfalls diesen Kampf mit angepömpeltem Interesse verfolgen.

#### Gemeindenahlen in Litauen.

Am 9. und 10. November fanden in den Städten Litauens (ohne Memelgebiet) die Wahlen zu den lättlichen Körperchaften statt. Ausgewählt wurden (ohne die Landeshauptstadt Kauern) 38 Stadtordeordnete in 30 Städten gewählt. Davon entfallen auf die fremden Volksgenossen 17 Stadtordeordnete und zwar aus dem letzten Wahlkreise 10 und auf die Deutschen 5. Wagnauer 2, die Deutschen 3, die Polen 2 und auf die Deutschen 5. Wagnauer 2, die Deutschen 3, die Polen ebenfalls 3 und die Russen 1 sich verloren. Die fremden Volksgenossen sind in den Parlamenten der Provinzialräte Litauens mit 33,6 p. H. (gegen früher 45 p. H.) der Sitze vertreten. Die Regierungspartei hat in den meisten Städten mit großer Mehrheit gesiegt.

#### Die Elten in Lettland.

So einzig sich die Elten und Letten in der Vernichtung des baltischen Deutschtums sind, so jetzt geben ihre Anfechtungen auseinander, sobald es sich um die Letten in Estland und die Elten in Lettland handelt. Besonders die Elten befürchten sich bitter über die heftige Art, in der ihre lettischen Fremden mit ihnen lebenden Elten umgebracht werden. So brachte das „Waha-Maa“ am 16. November den Bericht über einen im „Balkischen Klub“ gehaltenen Vortrag über die Lage der estnischen Volksgruppe in Lettland. Deren Lage, heißt es da, ist ungünstiger als die der in Estland anfallsigen Letten. Die lettische Volksgruppe habe nur einen Teil der Elten verdrängt. Die wirkliche Zahl der Elten in Lettland betrage 10 000—12 000, wogegen in Estland nur 3600 Letten wohnen. Die Zahl der estnischen Schulen in Lettland ist gering und sehr ständig zu sinken. Auf 2000 Esten komme eine Schule. Was jetzt leben in Lettland fünf hundert Schulen. In Estland sind 100 Schulen vorhanden, nur vier Schulen seien übrig geblieben. Zwischen Estland und Lettland bestehe eine Schulkonvention, laut der in Lettland neue Schulen eingerichtet werden muß, wenn 9—15 estnische Kinder dort zu unterrichten sind. Die Bedingungen dieser Konvention seien bisher nicht erfüllt worden. Als ein weiteres Mittel der Lettierung der estnischen Volksgruppe sei vor allem die jungsamweise Umklebung der Elten in Lettland anzusehen. Dadurch werde die bisher geschlossene Siedlung der Elten in eine Streusiedlung inmitten lettischer Siedler verwandelt.

## Nach Kaufmanns Rücktritt.

Am 23. November ist der Danziger Senatspräsident Dr. Kaufmann zurückgetreten. Da Dr. Kaufmann schon seit Monaten wegen schwerer Erkrankung sein Amt nicht mehr ausüben konnte, kam die Rücktrittserklärung, mit der er sich von der Danziger Bevölkerung verabschiedete, nicht mehr überraschend. „Durch mein Ausbleiben“, heißt es u. a. in seiner Erklärung, „würde sich an unfernen großen Sinnen nichts ändern. Eine vierundzweißigjährige Geschichte, die monatelange Gefchlechte, auf eigenen Füßen stehend und aus eigener Kraft sich bewährend, Danzig eigenen und deutschen Charakter erbielten, bleibe uns tägliches Vorbild und ernste Verpflichtung. Rückauf fremde Hilfe zu warten, sondern die rettenden Schritte in uns selber zu suchen, ist unsere vornehmste Aufgabe.“ Dr. Kaufmann ist erst zurückgetreten, nachdem die Wahlen vom 18. November bewiesen hatten, daß seine Partei das unbebingte Vertrauen der Bevölkerung des Freistaates genießt. Das Ergebnis der Wahlen vom 20. oder besser allen Gerichten und Kombinationen den Boden entziehen, die davon wissen wollen, daß der erste nationalsozialistische Senatspräsident der Freien Stadt Danzig dem Druck einer Opposition zu weichen gezwungen gewesen wäre. Es hat in den letzten Monaten vor allem in der polnischen Presse nicht an solchen Verurteilungen über einen Konflikt zwischen Senat und Partei, über die Verantwortlichkeiten der nationalsozialistischen Bewegung und dergleichen gefehlt. Wenn diese Gerichte zuträfen, hätte der 18. November wohl schließlich dieses Ergebnis gebracht.

Dr. Kaufmann hat Danzig in der schwierigsten Zeit des außen- und innenpolitischen Umbruchs geleitet. Er hat als Präsident des Senates dem Nationalsozialismus den Weg zur alleinigen Führung im Staate geebnet. Darin liegt sein bleibendes Verdienst. Jetzt, bei seinem Auscheiden aus dem Amte, das er seinem Stellvertreter, Senatspräsident Greifer, bereits im September dieses Jahres in einem Schreiben aus Genf angedeutet, lohnt es wohl, sich einmal die Hauptetappen des Weges in die Erinnerung zurückzurufen. Danzig unter seiner Führung auf außenpolitischem Gebiete zurückgelegt hat. Außenpolitik ist momentan in Danzig: Festhaltung des Verhältnisses zu Polen. Entsprechend den Äußerungen, die Kaufmann wie Sorfter schon vor der Machtergreifung getan hatten, daß der Nationalsozialismus, sobald er an die Macht gekommen sei, an die Generalliberalisierung des Danzig-polnischen Verhältnisses herangehen werde, stellte der Senatspräsident schon am 3. Juli 1933 zusammen mit seinem Stellvertreter, dem Innenminister Greifer, der polnischen Regierung in Warschau einen offiziellen Vorschlag ab. Kurz darauf begannen die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen, die am 5. August und 18. September zu dem ersten grundlegenden Abkommen über die Ausübung der Danziger Hafens durch die Polen und über die Rechte der polnischen Volksgruppe in Danzig führten.

Ein entscheidender Schritt zum Abbau der offenen Feindseligkeiten zwischen der deutschen Stadt und dem polnischen Staate war damit getan. Der Erfolg der Verhandlungs Bemühungen wurde durch den offiziellen Besuch des polnischen Ministerpräsidenten und des Handelsministers in Danzig bestätigt. Auf der anschließenden Sептember-Verhandlung des Volksrundes ließ den Greifer Stellen zur Überbrig, die in direkten Verhandlungen erzielte Fortschritte zur Kenntnis zu nehmen. Von den damals noch schwebenden 34 Streitfragen wurde binnen kurzem über die Hälfte geregelt. Und während das die überaus schwierigen und mehrmals stockenden Verhandlungen über die

Danzig-polnische Zoll- und Wirtschaftsfragen aufgenommen wurden, fuhr Dr. Kaufmann im Dezember fort, zu unersetzten Male nach Warschau, wo er u. a. eine längere, persönliche Rücksprache mit Marshall Dillubski hatte. Nach einer längeren Zeitpause kam im Juni 1934 eine Vereinbarung über die Frage der Hafenpolitik zustande. Und Anfang August, ein Jahr nach dem ersten grundlegenden Abkommen, wurde auch das große wirtschaftliche Vertragswerk zustandegebracht, das den Danzig-polnischen Warenverkehr, die Kontingent-, Zoll- und sonstigen bis dahin noch unerledigten oder nur provisorisch beigelegten Streitfragen regelte. Unter der Präsidenschaft Kaufmanns ist so eine völlig neue Grundlage der Danzig-polnischen Beziehungen entstanden, die freilich nur dann tragfähig sein kann, wenn auch Polen sich an Geist und Abicht der Verträge hält.

Dr. Kaufmann scheidet aus seinem Amte als der Mann, der dem Danzig-polnischen Verhältnis nach einem Jahrzehnt fast ausmangellos Komplexer neue Entwicklungsmöglichkeit gegeben hat. An diesem Kurs wird durch den Rücktritt Kaufmanns nichts geändert. Von der Pressestelle des Senates ist amtlich mitgeteilt worden, „daß die bisherige Politik des Senates weiter verfolgt werden wird.“ Die Regierung wird insbesondere die freundschaftlichen Beziehungen zur Republik Polen aufrecht erhalten und weiter fördern. Auch wird es gut sein, die „endgültige Gleichhaltung“ der Freien Stadt mit dem Deutschen Reich zu vollziehen. Das Blatt will es dem Sauerleiter einfach nicht glauben, daß er die von Kaufmann einhaltene politische Linie der Achtung vor der Verfassung und der Zusammenarbeit mit Polen fortführen werde. Gegen diese Unmöglichkeit läßt sich nichts machen, da sie weniger aus der Kenntnis der Dinge, als aus der Voreingenommenheit des „Polener Kurier“ entspringt. Glücklicherweise hat Sorfter sich seiner Politik wegen nicht mit den nationaldemokratischen Doxmatikern, sondern mit den Praktikern des polnischen Regierungsbloktes auseinandergesetzt. Und diese werden sich wohl weniger der Geheimrücklist deselben verschließen, als die „Danziger Wozroznik“, das amtliche Organ der NSDAP, über die Auswirkungen des Rücktritts Kaufmanns geschrieben hat: „... Der von der NSDAP bemächtigte beschränkte politische Weg leitet dauernden Verbindung des Danzig-polnischen Verhältnisses) ist nicht an eine Person gebunden; er ist vor, mit und nach Dr. Kaufmann der gleiche für die Völkerrückkehr einer Aufgabe, die die deutsche Bevölkerung Danjigs in ihrem Schicksal, das ihr aufzuerkennen wurde, zu erfüllen hat... Personennwechsel bedeutet beim Nationalsozialismus nicht Kurswechsel.“

Am 27. November wurde der bisherige Bizepräsident des Senates und Innenminister Arthur Karl Greifer, der bisher schon die Stellvertretung Dr. Kaufmanns innehatte, mit 41 Stimmen der NSDAP zum Nachfolger Kaufmanns gewählt.

## Das polnisch-französische Bündnis.

Zu dem Chor der polnischen Zeitungen, die sich gegen die Verordnung durch Frankreich zur Wehr setzen, gehört auch das Blatt des Woiwoden Grajanski. An sich ist das kein Wunder. Denn die „Polka Zachodnia“ ist ein Organ des Regierungsbloktes. Aber es wirkt doch etwas komisch, wenn ein Blatt links dem großen Frankreich gegenüber so „mutig“ benimmt, das jedesmal vor lauter Angst in Schreckensfälle verfällt, wenn sich ein kleiner oberbayerischer Kumpel zum Deutschland bekennend. Die „Polka Zachodnia“ schreibt: „Der Herr Bismarck habe einmal das gegenwärtige Verhältnis zweier Verbündeter mit dem Verhalten eines Pferdes zu seinem Reiter verglichen. Der eine der Verbündeten müsse der leitende Teil sein, dessen Willen bei seinem Partner ausschlaggebend ist, der zweite müsse sich seinem Verbündeten vollständig unterordnen; dann nur sei die Gemärd für die Dauer und das Wohlergehen eines Bündnisses gegeben. Beim Fehlen der französischen Blätter in der letzten Zeit werde dem polnischen Völer die Gestalt Bismarcks unwillkürlich vor Augen geführt. Man bekomme den Eindruck, daß die französischen Publizisten und Politiker die Ansicht Bismarcks auf die polnisch-französischen Beziehungen übertragen wollten.“ Das Bild des französischen Reiters und des polnischen Pferdes ist für die französischen Publizisten noch immer das Symbol des Bündnisverhältnisses Frankreichs und Polens. „Man wundere sich in Frankreich und könne es nicht begreifen, daß das regierende Polen nur eine solche Politik betreibt, die nur Polen und niemand anderem Vorteile bringe. Es unterziehe heute schon gar keiner Dis-

kussion mehr, daß Polen in das französisch-polnische Bündnis das Kapital seiner Macht, eines Großstaates in Mitteleuropa hineintraue, eines Staates, der es bereits im Jahre 1920 verstand, seine Grenzen zu öffnen, der es fertig brachte, ohne einen Pfennig Entschädigung das Land aus den Kriegsverheerungen aufzubauen (die Entschädigung hat Polen sich auf andere Weise, auf Kosten der verbrängten Deutschen abholt), der es verstand, trotz seiner überaus unglücklichen geopolitischen Lage seine Unabhängigkeit zu bewahren und seine Macht zu entwickeln, der in der sommerschlüssigen Zone auf sich selbst angewiesen war und dem es gelang, den Pfeiler der Sicherstellung des Stabes in diesem Teil Europas zu bilden und der um sich die baltischen Staaten gruppierte (?). Polen werde nicht eine Art von Bündnis verteidigen, das von dem Standpunkt aussehe, Polen könne sich auf irgendwelche französische Pläne einigen und sogar zu ihrer Verwirklichung beitragen, obwohl Polen keine Vorteile davon habe. Polen sei um seine eigenen Interessen besorgt, dem Polen habe in Rapallo, in Vercorno, im Bierepakt und in der Gleichberechtigungserklärung vom 11. Dezember 1932 erfahren, daß, wenn es sich nicht um sich selbst kümmere, niemand für es sorgen werde. Es sei allerdings heruntergefallen, daß Polen nicht die Absicht habe, das Bündnis zu lösen. Es will jedoch ein Bündnis als Gleiches unter Gleichen, es will, daß Frankreich verstehe, daß ein gleichberechtigtes Polen für die französische Sicherheitspolitik einen großen Faktor darstellt.“

## Das Erbhofgesetz, die Landhilfe und die Polen in Deutschland.

Ein Eigentümer hatte gegen den Befehl des Anrbengerichts auf Eintragung des Hofes in die Erbhofrolle sofortige Beschwerte eingelegt und diese mit seiner Zugehörigkeit zur polnischen Minderheit begründet. Das Preussische Landeserbhofgesetz sieht in § 11, dass die Beschwerte zurückgewiesen, und zwar mit folgender Begründung:

Der im Grundbuch von A Band II Blatt 43 eingetragene Hof steht im Eigentum der Eheleute V., die in allgemeiner Gütergemeinschaft leben. Der Eigentümer, Ehemann W., wendet ein, daß die Eintragung des Hofes in die Erbhofrolle nicht in Betracht komme, weil er dem polnischen Volkstum angehöre. Es ist lammesleichen Blutes und lammen Blutes nicht, das in diesem Hofe eingelegt Einpruch ist zurückgewiesen worden. Die dagegen von dem Ehemann V. eingelegte sofortige Beschwerte ist unbegründet. Es ist zwar richtig, daß die Präambel des Reichserbhofgesetzes in den Eingangsworten erklärt, daß die Reichsregierung unter Sicherung aller deutscher Erbtitel das Bauerntum als Blutquelle des deutschen Volkes erhalten will. Im Absatz 7 definiert aber auch das N.E.G. das Wort „deutsch“, indem es den Deutschen gleichsetzt denjenigen, der lammesleichen Blutes ist. Was die Fassung „lammesleichen Blutes“ bedeutet, ist im Gesetz nicht definiert. Das N.E.G. soll nur negativ, das lammesleichen Blutes derjenige nicht ist, der unter seinen Vorfahren mütterlicher- oder väterlicherseits jüdisches oder farbigen Blut hat. Positiv gibt das Gesetz keine Bestimmungen. Trotzdem wäre es wohl irrig anzunehmen, daß alles Blut, das weder jüdisch noch farbig ist, lammesleichen ist. Stammesgleich sind vielmehr nur diejenigen Völker, die in geschlossener Volksstammesiedlung seit geschichtlicher Zeit in Europa beheimatet sind. (Vgl. Bogels Anmerkung 26 zu § 13 N.E.G.) Demnach ist der Slawe als europäischer Arier im Sinne des N.E.G. lammesleichen. Der Beschwerebeführer verkennt auch den Geist und den Zweck des Gesetzes. Der Geist und der Zweck des Gesetzes ist ausschließlich so aufzufassen, daß es sich um ein Gesetz handelt, das um Schutz und Nutzen des Bauern geschaffen ist. Es ist ein Ackerer, das einen neuen gelinden Bauerntand schaffen will. Der Konflikt in der Präambel nicht auf dem Worte „deutsch“, sondern auf dem Wort „Bauerntum“. Das ergibt sich daraus, daß es durchaus nicht eine überall in Deutschland geltende rein deutsche Erbtitel zum Gesetz macht. In vielen Teilen Deutschlands sind vielmehr die vom N.E.G. vertretene Anwesenheit nicht, nicht nur die polnische Minderheit allein hat auch keine deutsche Erbtitel, das Anwesenheitsrecht, sondern diese Erbtitel haben viele andere deutsche Erbteilungen ebenfalls nicht, die sogar Erbtitel erworben haben, die dieser Erbtitel direkt widersprechen. Mit dem Reichserbhofgesetz hat der Gesetzgeber eine Erbtitel von den vielen die bestehen, herausgegriffen, weil er sie für besonders geeignet hält, um ein neues kräftiges Bauerntum zu schaffen, und nicht deswegen, weil es sich um deutsche Erbtitel handelt. Da sonstige Bedenken gegen die Eintragung der Bestände in die Erbhofrolle nicht beigebracht sind, war die sofortige Beschwerte zurückzuweisen.

Wenn sich der Polenbund in Deutschland so hartnäckig gegen die Anwendung des Erbhofgesetzes auf die sich zum Bauerntum Bekennenden wendet, so ist hierfür außer dem üblichen Einwand, daß es sich beim Erbhofgesetz um eine neue „Germanisierungsmethode“ handelt,

wohl auch folgende Überlegung maßgebend. Für einen Teil des Bauerntums in Deutschland sind die Reichserbhofgesetz niedrigeren Grundstücke etwas völlig Neues und sie werden von manchen Bauern einfach deshalb, weil sie etwas Neues darstellen, zunächst mit einigem Misstrauen betrachtet, vor allem von den Landwirten, die vom Geiste des liberalistischen Kapitalismus angekränkt sind, die im Grund und Boden eine Marktnote leben, nicht aber einen Besitz, der zu einer bestimmten Haltung gegenüber der Sippe und der Gesamtheit verpflichtet. Auf solche Landwirte scheint es der Polenbund abgesehen zu haben. Willkürlich läßt sich doch diese oder jene Landmarknote wohl bei der Polenbund gegen die Anwendung des Gesetzes auf die Bauern „polnischen Volkstums“ aufrufen, weil ihr Besitz zum Bund und damit zum Bekennnis zum polnischen Volkstum zusammenhängt? Eine ähnliche Spekulation im mag auch mitwirken, wenn der Polenbund j. B. gegen die Einbeziehung der polnischen Volkstumsangehörigen in die Landhilfe Front macht.

Die polnischen Blätter in Deutschland veröffentlicht am 15. November unter der Überschrift „Die Landhilfe und die Polen in Deutschland“ einen Artikel, in dem es u. a. heißt: „Arbeitsdienst und Landhilfe sind Einrichtungen, die für das deutsche Volk geschaffen wurden. Ebenso wie in allen anderen Fällen, die die Organisation dieses Volkes betreffen, lassen die Polen in die Organisation dieses Volkes auf dem Standpunkt, daß sie in die oben erwähnten Einrichtungen nicht einbezogen werden können, wenn sie würden auf diese Weise an rein nationaldeutschen Aufgaben und Arbeiten teilnehmen. Die Teilnahme der Polen in Deutschland an diesen Einrichtungen kann man nicht mit unserer nationalen Eigenart in Einklang bringen, deren Unzerbrechlichkeit uns in den Erklärungen der höchsten Stellen des Deutschen Reiches zugesichert wurde. Diese Frage wurde in der Praxis bisher am bezeichnendsten gelegentlich der Frage der Ausländische Ministerium diskutiert, damals, daß die Mitgliedschaft in der Deutschen Arbeitsfront mit einer Erklärung über die Zugehörigkeit zum deutschen Volke gleichbedeutend ist. Polen könnten daher dieser Einrichtung nicht angehören. Wir sind daher überzeugt, daß auch die Beteiligung der Polen in Deutschland an allen anderen Einrichtungen des deutschen Volkes ebenso geregelt werden wird. Sie unterscheiden sich nämlich, sofern es sich um ihren Charakter handelt, durch nichts von der Arbeitsfront.“

Die polnischen Blätter behaupten nun, daß diese Kräfte an Hand eines einzelnen bereits grundsätzlich erklärt sei. Es handelt sich dabei um den Fall eines „deutschen“ Polen, der sich unter Hinweis auf seine Volkzugehörigkeit weigert hatte, zur Landhilfe zu gehen, und so den des Arbeitsamt daraufhin die Unterlassungsbefehle eingeholt hatte. Auf eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium hat der Polenbund am 8. November die Mitteilung erhalten, daß der Präsident des Landesarbeitsamtes Brandenburg vom Präsidenten der Reichsarbeitsfront für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung aufgefordert worden ist, dem zuständigen Arbeitsamt aufzuweisen, die Einstellung der Unterlassungsbefehle an den betroffenen Polen aufzuheben. Die polnischen Blätter glauben daraus schließen zu können, daß die Polen in Deutschland nicht verpflichtet seien an der Landhilfe teilzunehmen, und daß ihnen aus diesem Grunde die Unterbringung nicht entzogen werden dürfe.

## Die Tarnowitzer Knappschaft in Gefahr!

Die finanzielle Lage der Tarnowitzer Knappschaft ist geradezu hoffnungslos geworden. Der Rentner hat sich eine allgemeine Unruhe bemerkt. Sie befürchten mit Recht, die ihnen zustehenden Bezüge ganz oder teilweise zu verlieren. Auf einer Versammlung der Knappschaftsteilnehmer letzte Knappschaftsleiter Dr. Potyka die finanzielle Lage der Knappschaft dar: In den ersten drei Vierteln dieses Jahres hat sich ein Defizit von 1,5 Millionen Zloty ergeben, und dieses Defizit wird sich bis Ende des Jahres wahrscheinlich bis auf 2 Millionen Zloty steigern. Im gleichen Verhältnis haben sich die Reserven verringert. Man rechnet damit, daß sie im kommenden Jahr nur noch 400.000 Zloty betragen werden. Zwar hat die Knappschaft von der Regierung ein Entschädigung von 5 Millionen Zloty in 10 Raten erhalten, doch sind auf diese Subventionen schon Ansprüche aufgenommen worden. Aus Deutschland sind durch das Abkommen mit der Reichs-Knappschaft 6 Millionen Zloty zu erwarten, doch sind davon erst 200.000 Zloty abgehoben worden, während das übrige in Wertpapieren angesetzt ist, deren Auslösung sich bis zum Jahre 1955 erstreckt. Wie Dr. Potyka feststellte, wird die Knappschaft im Juni des nächsten Jahres nicht mehr imstande sein, die laufenden Renten auszusahlen, wenn sie nicht irgendeine Unterstützung erhält. Dazu kommt noch, daß die Knappschaft auf Grund des Abkommens mit der Reichs-Knappschaft im nächsten Jahr eine große Zahl von Invaliden aus Deutschland oberhalb ihrer zu übernehmen haben wird. Die Knappschaft hat schon deswegen keine Aussicht auf Besserung ihrer finanziellen

Lage, weil gegenwärtig auf zehn zahlende Mitglieder ein Rentner kommen, während noch vor vier Jahren Gegenwärtig zehn die Knappschaft auf einen Rentner kamen. Gegenwärtig zahlte die Knappschaft auf 56.000 Mitglieder Renten aus, denen nur 48.000 zahlende Mitglieder gegenüberstehen. Im nächsten Jahr sollen noch weitere 1800 Rentner kommen. Diese Zahlen, so stellte Knappschaftsleiter Dr. Potyka fest, erweisen die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Renten. Wird diese Herabsetzung die 15 vom Hundert betragen soll, durchzuführen, so erparst die Knappschaft 35 Mill. Zloty. Der Vorstand der Knappschaft hat sich jedoch nicht einmal an die Volksgemeinschaft mit der dringenden Bitte um Hilfe gewandt und gleichzeitig den Vorstoß unterbreitet, die Verantwortung für den Fall der Invaliden bei Bergarbeitern zu übernehmen. Außerdem habe man den Vorstoß gemacht eine allgemeine polnische Knappschaft zu gründen, zu der auch das Dombrowner und Krakauer Gebiet gehören sollen.

In einer Entschädigung, die von der Versammlung aufgesetzt wurde, wird darauf hingewiesen, daß in fast allen europäischen Staaten und Ländern wie beispielsweise in Deutschland, Holland, England, Frankreich usw. der Staat laufende Beträge an die Knappschaftskassen abführt, während das in Polen der Rentner Knappschaft etwa 5 v. H. der Gesamtsumme der einkaufenden Beiträge zu einer laufenden staatliche Unterstützung wurde als notwendig und gerechtfertigt bezeichnet.

# Baderewski und Wilson.

Der Klavierpieler und Staatspräsident a. D. Jgnas Baderewski ist im 37. Lebensjahre verstorben. In einem Abschnitt beschreibt er die weitläufigen Zusammenkünfte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Er sagt dort:

Die erste Aussprache über Polen mit Wilson hatte Oberst Houze, dessen Denkmal im Dobreniewski-Park in Warschau steht. Dank Oberst Houze begann sich Wilson im Jahre 1916 schon eingehend für die polnische Frage zu interessieren. Von so vorbereiteten Präsidenten der Vereinigten Staaten sah ich zum zweiten Male am 6. November 1916. Dies war so: Alle Organisationen zur Hilfeleistung für die Kriegesopfer der einzelnen Nationen hatten sich im Oktober 1916 in die Kammer des Präsidenten mit der Bitte um Seltung eines Tages versammelt, an dem sie gemeinsam durch ihre Vertretungen dem Präsidenten Wilson ihren Dank für die Fürsorge auszusprechen konnten, die er ihnen aufzubringen hatte angeheben lassen. Präsident Wilson ließ die einzelnen Organisationen wissen, daß er sie am 6. November auf seinem Landhof im Staate New Jersey empfangen werde. Als wir diese Einladung erhielten, war uns nur bekannt, daß am nächsten Tage, am 7. November, Präsidentenwahlen stattfinden sollten.

Als ich mit der ganzen Abordnung am 6. November zur Aubienz fuhr, war mir der Text des am 5. November erschienenen österrösch-deutschen Manifestes in der polnischen Frage bereits bekannt. Ich habe die Freireisepublikation über die Unabhängigkeit (Polen). Die Vereinigten Staaten waren immer noch streng neutral. (Und die Kriegeslieferungen an die Feinde Deutschlands?) Ich fühlte, daß dieses Manifest in für Deutschland ungünstigem Sinne auf die amerikanische Öffentlichkeit wirken werde. Ich war mir klar darüber, daß ich heute über dieses Thema mit Wilson sprechen müßte. Es ist verlässlich, daß Wilson dieses Gespräch mit mir nicht in Gegenwart der ganzen Abordnung führen konnte. Ich hatte keinen Ausweg, als einen Gewaltstreich zu unternehmen. Als mir im Vorlauf auf die Aubienz warteten und der Sekretär uns meldete, daß der Präsident uns bitten lasse, ließ ich die Abordnung das Zimmer Wilsons betreten, während ich selbst im Vorlauf zurückblieb. Auf eine Frage des Sekretärs erwiderte ich:

„Ich bitte den Herrn Präsidenten um eine Sonderaudienz, da ich

als Vertreter der polnischen Nation(!) hierher gekommen bin.“

„Gut! Ich war mir günstig. Denn als nach 20 Minuten die Abordnung das Empfangszimmer Wilsons verließ, teilte mir der Sekretär mit, daß der Präsident mich bitten lasse. Sofort nach der Begrüßung fragte Wilson:

„Was denken Sie als Pole über das Manifest der beiden Kaiser?“ „Es ist dies kein Manifest zweier Kaiser, Herr Präsident, sondern der Auftrag zweier oberster Heerführer.“

„Weshalb?“ „Dieser Akt ist nicht einmal von den verantwortlichen Ministern abgesegnet, wie bis die Verfassungen der Mittelmächte vorleben.“ Wilson schenkte mich an, daß er über diese Äußerung überrollt wäre. Im Regime der Vereinigten Staaten ist das Staatsoberhaupt gleichzeitig Vorsitzender des Ministerrats.

„So ist es. In der Kat, Sie haben recht“, erwiderte Wilson. „Dieses ganze Manifest“, fuhr ich fort, „mehr als strategische denn als politische Maßnahme angesehen werden. Das Rekrutierungsreferat beider Zentralmächte beginnt sich zu erschöpfen. Deutschland und Österreich schaffen die Sektion des polnischen Staates, der es ipso iure militärischer Verbündeter werden und gegen eine Million freies Soldatenmaterial liefern soll. Sie rechnen damit, daß Polen ihren Plan annehmen werden.“

„Ich halte fest, daß sich Wilsons ganz unterhalten will. Ich antwortete ein wenig auf seine Fragen und äußerte aufrichtig meine Überzeugung, daß die Aussichten auf ein besseres Morgen für Polen ausschließlich von einem Siege der Entente abhängen. Die Unterredung dauerte länger als eine halbe Stunde. Wilson verabschiedete mich mit folgenden Worten:

„Ich bin glücklich, daß Sie mich in meinen Anschauungen bestärkt haben. Meine Überzeugung ist, daß Polen als unabhängiger und vereinigter Staat entstehen muß.“

Am 22. Januar 1917 folgte die Veröffentlichung des Präsidenten Wilsons an den Senat, durch die die polnische Frage von einer inneren Angelegenheit der Vereinigten Staaten zu einer internationalen gemacht und auf internationalen Boden verpflanzt wurde.

## Der Wohnungsbau in Polen.

Der Wohnungsmangel in Polen ist eine der dringlichsten und größten Aufgaben, die Polen zu lösen hat, selbst wenn man die wesentlich geringeren Wohnansprüche der Bevölkerung Polens gegenüber den Bevölkerungen mittel- und westeuropäischer Staaten berücksichtigt. Eine private Wohnbautätigkeit in den Städten Polens hat sich seit dem Kriege bis heute nirgends in irgendein nennenswertem Umfang entwickelt. Es fehlt infolge der gefehlten Maßnahmen, die auf eine Ausschließung jeder Spekulation und ganz auf Mieteziel eingestellt sind, jeder privatwirtschaftliche Anreiz für den Bau von Wohnungen. Durch den Krieg waren noch einer amtlichen Zählung etwa 1837 000 Wohnräume zerstört worden; und die Bevölkerungsstatistik vom 1921 ergab ein Fehlen von 271 000 Wohnräumen in Polen, wobei als Norm angenommen worden war, daß auf einen Wohnknoten dienenden Raum 24 Personen treffen. Im Jahre 1926 sollte ein Ansetzungsfuß 24, daß es allein in der Landeshauptstadt Warschau 60 000 Familien gibt, die keine eigene Wohnung besitzen. Inzwischen ist der Schloßort an notwendigen Wohnungen in Warschau auf 64 760 gestiegen. Wenn man eine Familie nur drei Personen auf einen Wohnfuß zu niedrig gegriffen ist, dann gibt es in der Hauptstadt Polens also fast 200 000 Personen, die nicht in einer eigenen Wohnung wohnen. Das ist etwa der sechste Teil der Einwohnerzahl!

Das erste Gesetz, das zur staatlichen Förderung des Wohnungsbaus bestimmt war, stammt aus dem Jahre 1925. Es wurde ein Fonds zur Unterfütterung der Bautätigkeit in den Städten ins Leben gerufen. Die Durchführung der staatlichen Kreditaktion wurde der Bank Gospodarstwa Krajowego übertragen. Die Mittel, die von 1924 bis Ende Oktober 1926 von der Bank als Kreditschüsse wurden, belaufen sich auf 603,5 Mill. Zloty und verteilten sich auf 772 einzelnen Bauvereinigungen, Privatpersonen, öffentliche und kommunale Institutionen und städtische Gemeinden. Bis zum Jahre 1926 wurden die Mittel jedoch größtenteils so vergeben, daß die Bevölkerungsteile, denen Wohnungen am meisten fehlten, nur wenig davon hatten. Erst seit etwa zwei Jahren wird mehr darauf geachtet, daß mit den öffentlichen Mitteln vor allem Kleinwohnungen hergestellt werden. Auch die Unkosten für Baumaterialien, für den Transport und dergleichen wurden von Staats wegen gelenkt. Seit April letzten Jahres ist es möglich, sich die Bank Gospodarstwa Krajowego zu billigen Zinsen zu verfahren. Aus öffentlichen Mitteln, die für Verfügung stellt, werden die sog. Gemeinnützigen Wohnstraßenbau, Konsumtion, Gas- und Wasserleitungen usw. durchgeführt. Mit der Kredit- und Bauterminaktion hat sich der polnische Staat einer dringenden notwendigen Arbeit unterzogen. Deren Ausmaß wurde freilich durch den Mangel an Mitteln befristet.

## „Haus der Volksbildung“ in Katowisz.

Am 11. November 1917 in Katowisz ein polnisches „Haus der Volksbildung“ eingeweiht worden. Der Bau dieses Hauses wurde im Jahre 1926 durch die Gesellschaft für Volksbildung begonnen, die bis zum Jahre 1931 über 1 Million Zloty dafür aufgewandt, dann aber wegen des Mangels weiterer Mittel den Bau eingestellt hat. Daraufhin kaufte die Wohnschicht vom Verband das im Rohbau fertige Haus und ließ den Bau aus eigenen Mitteln fertigstellen. Er hat rund 1½ Millionen Zloty gekostet.

Das Gebäude beherbergt im Erdgeschoß die Geschöftsräume der Gesellschaft für Volksbildung, die Geschöftsräume der Volksbücherei und Vespalsale für Erwachsene und einer Jugendbücherei und -vespalsale. Weiter sind in dem zum Teil viergeschoßigen in dem Eckteil noch höher gelegenen Gebäude untergebracht die Bibliothek des Katowiszer Seims mit rund 100 000 Bänden, die Abteilung der Wohnschicht für Bildungsweesen außer der Schule, die Sektion für Volkstheater und der Verband plattischer Künstler, die Volkshochschule des Pädagogikerverbandes für die Wohnschicht Schlesien sowie einige andere kulturelle Einrichtungen. Ein großer Saal, der 500 Menschen aufnehmen kann, ist für Vorträge, Konzerte und sonstige Veranstaltungen bestimmt.

Gelegenheit der Einweihung des Hauses fand einige Mitteilungen über die historische Arbeit der Gesellschaft für Volksbildung gemacht worden. Die Gesellschaft geht zurück auf eine nationalpolitische Kampfgemeinschaft, die bereits im Jahre 1880 in Polen gegründet wurde und im Jahre 1882 ihre Tätigkeit auch auf Oberschlesien ausdehnen begann. Die von der Gesellschaft bis zum Jahre 1910 in dem damals preussischen Gebiet eingerichteten Volksbüchereien werden mit 300 angegeben. Nach der Erlangung Oberschlesiens hat die Gesellschaft in der Wohnschicht Schlesien eine große Zahl von Büchereien eingerichtet. Nach den vorläufigsten Angaben betrug die Zahl der Büchereien im Jahre 1921/22 49 mit zusammen 29 200 Büchern und 1857 Fernen, an die 37 452 Ausleihungen vorgenommen wurden. Bis zum Jahre 1929/30 war die Zahl der Büchereien auf 333 mit 153 112 Büchern angewachsen, die Zahl der Leser betrug 30 430, die der Ausleihungen 571 808. Diese Zahlen reichen zwar bei weitem nicht an die des Volksbüchereireinens in der deutschen Provinz Oberschlesien heran, sie sind aber ein Zeichen reicher Arbeit und günstiger Entwicklung des polnischen Volksbüchereireinens in Oberschlesien. Neben den Büchereien bestehen 40 Vespalsale, in denen Zeitungen und Zeitschriften ausliegen. Die Arbeit des Verbandes ist bisher durch die Weichen sehr unterstützt worden. Das Haus der Volksbildung in Katowisz wurde durch die Gesellschaft kann nun von ihrem neuen, auf ausgefüllten Hauptquartier aus ihre Arbeit um so wirksamer fortsetzen.

# Eischensturm gegen die Prager Deutsche Universität.

Das sächsische Schulministerium hatte vom Senat der Prager Deutschen Universität die Übergabe der aus dem 14. Jahrhundert stammenden Gründungsinhagen der Universität an das Rektorat der Prager Eischenen Universität gefordert. Der deutsche Studentenschaft Eischen hatte sich dieser durchaus unerwarteten Forderung wegen einer starken Empörung bemächtigt. Der Senat der Deutschen Universität hatte in einer Entschließung die Forderung der scheinischen Behörden als unannehmbar bezeichnet. Am Zulammenhang mit dem Streit um die Inhagen kam es am 24. November zu heftigen Krawallen. Die deutschen Studenten, die von der Absicht eines Attentats auf ihre Universität erfahren hatten, besetzten das Gebäude, um es vor etwaigen Gewalttaten des scheinischen Pöbels zu schützen. Gegen Mittag rückte tatsächlich eine mehrere hundert Mann starke Bande scheinischer Studenten vor das Rektoratsgebäude der Deutschen Universität. Um 14 Uhr begann der Eichel, den der Leiter der Demonstration, der Rektor der Eischenen Universität Prof. Domin, aufgesperrt hatte, den Sturm auf das deutsche Rektoratsgebäude. Die scheinischen Studenten drangen bis zum 1. Stockwerk vor; sie übermüllten die Räume des scheinischen und sächsischen Seminars oolkommen. Der Zutritt zu den weiteren Stockwerken in denen sich die Gründungsinhagen und wertvolle Gemälde befinden, wurde den Angreifern durch die sich normwelft erhebenden deutschen Studenten verweigert. Einer der Deutschen wurde niedergeschlagen und trug eine klopfende Kopfwunde davon; mehrere andere deutsche Studenten wurden gleichfalls verletzt. Die scheinische Polizei sah dem mühen Erheben ihres akademischen Pöbels lange Zeit totenlos zu. Offenbar martete sie darauf, daß es den Angreifern gelingen werde, die Inhagen der Deutschen Universität zu stehlen und damit eine der beliebtesten „vollendeten Taten“ zu schaffen, die das amtliche Prag dann zwar formell „bedauert“, praktisch aber nicht mehr abgeändert hätte. Erst als der Angriff im 1. Stockwerk zum Stillen gebracht worden war und der gesamte Eichel nicht gelangen mochte, griff die Polizei mit starken Abteilungen ein. Darauf räumten die scheinischen Studenten das Rektoratsgebäude; sie löbten noch eine Seilsaue auf der Straße herum, beschimpften in Sprechchören das Deutsche und gingen dann auseinander. Die Eischen, diese famolen Erpächter der Demokratie, haben sich mit dem Sturm auf die Deutsche Universität selbst auf die unterste Stufe der europäischen Kulturrationalien gestellt. Ein Volk, dessen akademische Jugend ihre nationale „Begelteilung“ damit beweist, daß sie wissenschaftliche Ar-

beits- und Forschungsstätten verliert, weil sie einem anderen Volke gehören, hat seinen Anspruch auf Achtung vermisst. Aber Herr Eensch stellt sich hin und erzählt, daß Prag „normale“ oder gar „streufähigste Beziehungen“ zu Deutschland unterhalte.

Von scheinlicher Regierungseite wird jetzt versucht, die Schuld an den Ausschreitungen gegen die Deutsche Universität der nationalistischen Propalation in die Schuhe zu schieben. Es wird dabei auf die Zusammenkünfte zwischen den Demonstranten und der Polizei verwiesen, die — was dabei verfahren wird — erst nach dem Sturm auf das deutsche Rektoratsgebäude stattfanden. Bei einer Regierung, die sich noch niemals in schwach erzielten hat, wo es galt, die geringste eilfliche Regierung unter den nationalen Minderheiten mit dem brutalen Einsatz staatlicher Machtmittel zu unterdrücken, kann eine solche Entschuldigun nur als lächerlich und feig bezeichnet werden. Wenn es aber zu den Errungenenschaften der „freien Demokratie“ des „Biliospieleprofessors“ auf dem „Präsidentenstelsel“ gehört, daß der „Eische Pöbel“ unter den Augen der Regierung und vor performellter Polizei Kulturwerte zerstören darf, dann dürfte über den Staat der Majorität und Eensch das Urteil gefällt sein. Das Ziel der Regierung und das der verhandlenden scheinischen Studenten ist dasselbe gewesen: Sie wollten beide die scheinische Prager Universität die ihr zulebenden Gründungsinsinagen nehmen. Die scheinischen Studenten haben in der Weise, die ihnen am meisten liegt, ihre Regierung in der Erreichung dieses gemeinsamen Ziels unterstützt. Und sie haben es ja auch vollständig erreicht. Am 26. November, dem dritten Tage der deutschfeindlichen Demonstrationen, hat der Rektor der Deutschen Universität, Prof. Großer, dem Druck der Straße weidend, einer Kommission des Unterrichtsministeriums die Inhagen, die seit Jahrhunderten der Deutschen Universität gehören, übergeben. Es handelt sich dabei um die 15 goldenen Ketten der akademischen Würdenträger, um das alte goldene Szepter des Rektors, die drei Szepter der Fakultäten und um das alte Siegel aus dem Jahre 1348. Diese Übergabe ist mehr als ein Formalakt gewesen. Der Deutschen Universität wurden die scheinischen Wahrsprüche genommen, durch die sie bisher als die Rechtsnachfolgerin der alten Kaiser-Karls-Universität gekennzeichnet war, eine Würde, die ihr von den Eischen seit 1920 gestrikt gemacht wird — zwar mit Unrecht, aber hinter dem Unrecht steht die Gewalt. Was wir zu der Übergabe zu sagen haben? Soldaten pflegen ihre Fahnen zu verbrennen, wenn man zwingen will, sie dem Feinde zu übergeben...

## Ostland-Woche.

### Dr. Pant und „das Reich“.

Un Publizist wurde von Verband Deutscher Katholiken eine Christus-König-Feier veranstaltet. Als gegen Schluß der Veranstaltung der bekannte Dr. Pant sprechen mochte, erhob ein Teil der Versammelten Widerspruch gegen diesen Redner, dessen öffentlichen Auftreten allerdings auf einen volksbewußten Deutschen in Polen wie eine Provokation wirken mochte. Eine deutsche Zeitung in Kottbus, von der man annehmen sollte, daß ihr an Pant nicht allzu viel liebt, fühlte sich zu folgender Feststellung veranlaßt: „Diese Störung der religiösen Feier muß verurteilt werden, auch wenn Dr. Pant als Politiker noch so unerträglich ist. Das Reich, in dem Christus-König ist, ist ein Reich des Friedens, und wenn eine christliche Versammlung sich in dieses Königtum verlesen will, dann muß sie die religiösen Dinge ausführen...“ Soche wehevolle Worte hätte vielleicht nicht einen Sinn, wenn es nicht eben Herr Pant wäre, der die reinliche Scheidung zwischen dem „Reich, in dem Christus-König ist“, und der politischen Atmosphäre, in der seine Büro-räume liegen, nicht einzuhalten vermag. Für die „Inhagen“-Überlegung, daß der Pant, der in einer Christus-Feier eine fromme Rede hält, ein anderer sein soll, als der Pant, der sonst gegen das Deutsche Reich leht, fehlt der Masse der katholischen Deutschen in Polen gleichlicherei die „geistige Reife“. Verursächter ist eben, was die erwähnte deutsche Zeitung dann weiter schreibt: Es wäre eigentlich doch die Aufgabe des Festschulles gewesen, dem „Wortweh“ der Mitglieder zu folgen, die von vorebereiten gegen das Auftreten Pantis Einsprüche erhoben.

### Um das evangelische Krankenhaus in Thorn.

Der Vorstand des evangelischen Diakonissen-Krankenhausvereins in Thorn ist auf Grund einer Befugung des Chorner Burgatoriums abgesetzt worden. Der „Kultur-mann Kurjer Codienn“ wußte dazu zu melden, daß die Amtsenthebung des Vorstandes deshalb erfolgte, weil Statuten und Tätigkeits des Vereins nicht mit dem Vereinsstatut übereinstimmen und weil der Statut das ihm zulebenden Aufsichtsrat in dem Verein nicht habe aussuchen können. Unsch zu dem Einsetzen habe der beschriebene Verkauf des Krankenhauses an den Gemeindefiskusverband Wandsburg übergeben, durch den der Kreisaußschuß angeblich gebildet werden würde.

Im Wirklichkeit liegen jedoch die Verhältnisse so, daß

auch die polnischen Vondrä kein Aufsichtsrat über das Krankenhaus besaßen, also dieses Recht auch nicht auf den polnischen Statuten übergegangen sein kann. Der Kreisaußschuß hatte in vorheriger Zeit das Recht, eine Anzahl von Personen der General-versammlung des Vereins zu präsentieren, aus denen dann ein einziger Kreisaußschuß ernannt werden mochte. Von diesem Recht hat der Kreisaußschuß seit 1920 bis heute nicht mehr Gebrauch gemacht. Ein Eigentumsrecht an dem Krankenhaus steht dem Kreisaußschuß ebenfalls nicht zu. Der Verein ist alleiniger Eigentümer. Durch den Verkauf des Krankenhauses an Wandsburg hätte der Kreisaußschuß nicht im mindelsten Verleste erlitten, da von Wandsburg alle Verlostimmungen des bisherigen Krankenhausvereins übernommen würden. Ebenso wird von seiten des Vereins bestritten, daß seine Statuten und seine Tätigkeits nicht mit dem Vereinsstatut übereinstimmen.

Die Behauptung des polnischen Blattes, daß die deutschen evangelischen Diakonissen eine nationalforliche Propaganda getrieben und die polnischen Kranken nicht sachgemäß gepflegt hätten, ist dasogar Eischenfabe vorgetragen hätte, verbannt nur, nichtbrüer gebängt zu werden. Wer den außerordentlichen Vredienst der Diakonissen kennt, die noch niemals in Bezug auf Nationalität oder Konfessionen Unterschiede gemacht haben, der weiß, daß diese Behauptung nur eine bösmögliche Verleumdung darstellt. Das werden auch polnische Patienten, die dort osund gepflegt worden sind, gemißt gern bezeugen. Um eins oben solche Verleumdung handelt es sich bei der Behauptung von der verheerenden Wirtschaft, die im Krankenhaus geführt worden wäre.

Von bedrohlicher Seite ist jetzt ein polnischer Karator des Krankenhauses auf ein Stellvertreteramt ernannt worden. Der Verein hat die Maßnahme nicht mitbedenken können, weil erlos hingegenommen, sondern wird alle ihm zu Gebote stehenden Rechtsmittel gebrauchen, um weiterhin sein Eigentumsrecht an dem einiam Krankenhaus zu behaupten, das die Deutschen von Thorn und Umgebung noch besitzen.

### Unserkreuliche Methoden.

Der langjährige Geschäftsführer des deutschen Seimhrosos in Polen, Hoffmann, wurde gekündigt und mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Hoffmann soll mit der Tätigkeits der sogenannten „Deutschen Vereinigung“ nicht einverstanden gewesen sein. Bei einer Veranstaltung der „Deutschen Vereinigung“ in Eischau hat ein Redner dieser Organisation erklärt, daß Seimhrosos auf Juden durch die Rationalität (!) in die „D. V.“ auf-

genommen werden. Die „O. B.“ wäre dazu da, sämtliche deutschen Vereine, einschließlich der Freimaurerlogen, zu führen. — Der verantwortliche Schriftleiter des „Dommereller Cagabellates“, Eitel Weiffel, der seit zehn Jahren diese Zeitschrift, in die er einfließen, weil er den Herren von der sogenannten „Dauflauf“ Partei nicht mit Rücksicht anging, ist Weiffel bekanntlich seit zur Jungdeutschen Partei; er ist Vater von vier unumwundenen Kindern, was den Geschäftsführer des Verlages „Helios“, den Dutscherer Kahmann-Bobau, nicht hindert, ihn auf die Straße zu werfen. — Die Ortsgruppe Bojanowo der Jungdeutschen Partei hatte in einem an das evangelische Pfarramt des Ortes gerichteten Schreiben gebeten, am Sonntagstag für die evangelische Gemeinde am Gefallenendenkmal auf dem Friedhof eine Feldsegnungsfeier abhalten zu dürfen. Als Programm war vorgelesen: Kirchenlied, Ansprache des Seeligen, Kammerseinerleitung der Gefallenen der Gemeinde, das Lied von Kameraden, Choral. Der evangelische Gemeindevorstand, in dem alle Reaktionen liegen, lehnte dies ab. Bitte mit der Begründung ab, daß „Veranstaltungen politischer Parteien“ auf dem Friedhof nicht zulässig seien.

Die reaktionäre Haltung des Döneser Konvikts hat zu einem förmlichen Konflikt mit der deutschen Kirchengemeinde in Weinau (Rijkowo) im Kreise Gnesen geführt. Zwei Mitglieder des dortigen Kirchenrates, Masche und Wendorf, hatten den Geistlichen, Pastor Krüger, der ihnen der Sympathie für die Jungdeutsche Bewegung und den Nationalsozialismus verdächtig erschien, in niederträchtiger Weise beschimpft. Das Konviktsamt mit Generalinspektoren D. Blyu u. a. der Seite stellte sich auf die Seite der reaktionären Mitglieder des Kirchenrates, die Gemeinde wurde durch die reaktionären Antworten ertötet. Am 23. November wurde den kirchlichen Behörden ein ultimativ gehaltenes Schreiben überreicht, in dem u. a. Neuwahl des Gemeindevorstandes, verlangt und im Ablehnungsfall die Einstellung der Zahlung sämtlicher kirchlicher Abgaben und eventuell sogar der gefälligen Austritt aus der Kirche angekündigt wurde. Die Forderungen der Gemeinde sind abgelehnt worden.

### Ein polnischer Polizeibeamer.

Ein unerhörter Fall von Rohheit eines polnischen Polizeibeamten hat sich kürzlich in Groß-Dombromka (Oberbröhlehen) ereignet. In dem Dorke wurde für 88 Kinder Anträge auf Errichtung einer deutschen Minderheilschule eingereicht und von der Gemeinde auch begünstigt worden. Einer der Antragsteller, der arbeitslose Grubenarbeiter Johann Maschowski, wurde daraufhin am 15. November auf die Polizeiwache des Dorfes bestellt und dort von dem Kriminalbeamten Krasnianski nach dem Namen der Personen gefragt, die die Migration für die Errichtung der deutschen Schule durchgeführt haben. Als der Deutsche erklärte, das nicht zu wissen, überreichte ihm der polnische Beamte mit den Worten: „Nun, dann werden Sie mir das bis zum Sonnabend sagen; und das hier nehmen Sie als Belohnung“, einen Zettel, den Chomalla dem Schwager des Beamten überbringen sollte, um dafür — zwei Pfund Krakauer und ein Viertel Schnaps in Empfang zu nehmen. Chomalla schickte den Zettel jedoch dem Obmann der Jungdeutschen Partei, die mit weiteren Schritte in dieser schmerzlichen Belästigungsangelegenheit veranlassen sollte. Auf dem darauf wurde er von neuem zur Polizeiwache geholt. Nach dem Verbleib des Zettels befragt, gab Chomalla dem Krasnianski zunächst eine ausweichende Antwort. Er erhielt darauf von dem polnischen Beamten einen Faustschlag ins Gesicht, wurde in der gemeinten Weise beschimpft und dann in den Gasteraum der Wache geferrt, wo er sich auf den Fußboden legen mußte. Später wurde der deutsche Arbeiter von dem polnischen Beamten erneut mit Fußtritten und mit dem Sammelnäppel in die Brust geschlagen und dann nachhause in die Wohnung der Polizeiwache gebracht, wo er sich am nächsten Morgen gemeldet hatte, dem Beamten die gewünschten Namen zu sagen, von diesem mit folgender Drohung entlassen: „Zieh entlasse ich Sie, aber unter der Bedingung, daß das Kind bis Montag, den 19. November, nachmittags 2 Uhr, in die polnische Schule angemeldet wird.“ Sie gehen sofort zum Schulleiter und bringen die Umhüllung vor. Das Formular erhalten Sie bei Wybra (d. i. ein Aufständischer) in Groß-Dombromka. Falls Sie das nicht tun, wird es Ihnen noch schlimmer werden als gestern und heute.“ Wir Sie wieder abholen. Ihren Zettel, den Chomalla dem Krasnianski erhalten hatte, ist inzwischen wieder in dessen Büro zurückgekommen. Während nämlich Chomalla festgehalten wurde, wurde bei dem Obmann der Jungdeutschen Partei eine Hausungfrage vorgenommen und der Überbringer, den Chomalla mit dem Zettel zum Obmann geschickt hatte, verhaftet. Gesehen am 15. bis 17. November 1934.

### Ein Schlag gegen die deutschen Schulen in Katowice.

Der Katowicer Magistrat hat beschloffen, im neuen Schuljahr 1935/36 diejenigen Klassen des hiesigen Reparaturs- und des Maschinenbauinstituts zu schließen, die weniger als 20 Schüler aufweisen. Der Magistrat begründet diesen Vorstoß gegen die deutschen höheren Schulen der Stadt mit der Notwendigkeit, Einsparungen im Budget zu machen. Weil also durch die Verringerung und die Umfächung polnischer hiesiger Beamter Katowice in Schwierigkeiten geraten ist, sollen die deutschen Schüler ihren deutschen Unter-

richt verlieren. Es wäre wohl gerabter und einträglicher, einmal in den hiesigen Büros Umfah zu halten, ob dort noch finanzielle Möglichkeiten abzutun und Einsparungen zu machen sind.

### Das deutsch-polnische Rundfunkabkommen.

Der Reichsjugendklub hat am 22. November mit der praktischsten Anwendung des nur kurzem abgeschlossenen deutsch-polnischen Rundfunkabkommens begonnen. Er veranstaltete ein Konzert unter dem Titel „Deutsche Volksmusik“, das auf die polnischen Sender Warschau, Krakau, Posen, Wilna, Lodz und Lemberg übertragen wurde. Es war das der Auftakt für die vom Intendanten des Reichsjugend Breslau, Hans Krüger, geführte Sendereihe „Polen und Deutschland“. Der Intendant sprach während des Konzerts zu dieser Vortragsreihe einleitende Worte, die auch ins Polnische überetzt wurden. Er führte in die Rede ein, was folgendes war:

„Vor nicht allzu langer Zeit ging durch die gesamte deutsche und auch ausländische Presse die Nachricht von einem deutsch-polnischen Rundfunkabkommen. Damit soll und wird die freundschaftliche Annäherung zwischen diesen beiden Staaten auf kulturellem Gebiet fortgesetzt werden, die bereits auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete durch die Initiative unseres Reichskanzlers Adolf Hitler angebahnt wurde. Dieses Abkommen ist für den Bereich des Reichsenders Breslau von großer Bedeutung, denn er ist von sämtlichen deutschen Reichsendern der einzige, nach dem gelassen und kann daher auf Grund seiner guten Hörbarkeit in Polen durch seine Sendungen am besten im Sinne dieses Abkommens wirken. Ein vereinbarungsgemäßer Auftakt ist bereits durch den Austausch von Konzerten gemacht worden. Am 24. Oktober übernahm der Reichsjugend Breslau ein Chopin-Konzert und heute abend übernehme die polnischen Sender Warschau, Krakau, Posen, Wilna, Lodz und Lemberg ein Konzert deutscher Volksmusik vom Reichsjugend Breslau.“

Aber damit nicht genug. Bereits vor Monaten gab ich meinen jugendlichen Mitarbeitern den Auftrag, eine Vortragsreihe unter dem zusammenfassenden Titel „Polen und Deutschland“ auszuarbeiten. Allenfalls nach dem Willen von Herrn Reichsjugend Breslau ein Vortrag aus dieser Reihe zur Sendung gelangen. Diese Vortragsreihe ist nicht fertig, sondern sie kann jederzeit beliebig abgeändert und ergänzt werden. Die Vorträge sollen alle wichtigen und wissenswerten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen beider Länder behandeln. Um dabei mit der notwendigen Objektivität vorzugehen, sollen nicht nur deutsche Wissenschaftler und prominente Persönlichkeiten zu Worte kommen, sondern auch anerkannte Persönlichkeiten aus Polen. Wir werden sie nach Breslau kommen lassen, damit sie von hier aus das Wert erarbeiten können. Diese Vortragsreihe soll selbstverständlich meier durch den Austausch von Konzerten aufgelockert werden, in ich glaube, daß es in absehbarer Zeit möglich sein wird und auch vom Reichsjugend Breslau aus Funkberichte in Polen zu machen, ebenso wie es möglich sein wird, daß Polen Funkberichte in Deutschland macht. Dies würde der gangbarste Weg sein, um allen Interessierten zu zeigen, wie es im Staate eines Marshall Wladislaw und im Staate eines Adolf Hitler aussieht. Möge das Ziel, das wir uns mit dieser Vortragsreihe gesetzt haben, erreicht werden, nämlich die Vermittlung der Kenntnisse über die Eigenartlichkeiten und Besonderheiten beider Länder. Eine weitere Annäherung zwischen Polen und Deutschland soll unter Beiseite stellen, daß es uns mit einer wirklichen Annäherung zwischen diesen beiden benachbarten Ländern erzieht.“

### Propaganda für eine polnische wissenschaftliche Bücherei in Allenstein.

„In der polnischen Presse wird seit einiger Zeit für die Errichtung einer polnischen wissenschaftlichen Bücherei in Allenstein Propaganda gemacht. In einem Artikel des „Kurjer Poznancki“ vom 18. November heißt es darüber 3. B.: Polnische Bücher seien im Ermland früher eine Seltenheit gewesen; neben Gebetbüchern habe man nur in wenigen polnischen Familien weltliche Bücher in polnischer Sprache gefunden. Mit der Gründung der „Socjety Ojczyzna“, die vor nicht ganz 30 Jahren erfolgte, sei hier allmählich ein geringer Wandel zum Besseren eingetreten. Der Herausgeber des Blattes habe sich um die Errichtung einer polnischer Wanderbüchereien bemüht. „In der Nachkriegszeit seien diese beiden Büchereien dann durch eine Reihe neuer Bücher ergänzt worden. Aber das reiche noch bei weitem nicht aus.“ „Vor allem“, heißt es dann weiter, „macht sich der Mangel an wissenschaftlicher Literatur immer mehr bemerkbar.“ Die polnische Vektorschaft, die mit der Organisation des Minderheitensschulwesens im Ermland in Erscheinung trat, klagt ständig über den Mangel an entsprechenden Büchern. Vonlang bemerkt sich, daß eine wissenschaftliche polnische Bibliothek notwendig ist zu bilden, der ebenfalls sehr an einem guten wissenschaftlichen Buch gelegen ist. Auch die ermländische Wissenschaft (?) würde sich an das Polen polnischer Bücher gewöhnen, wenn sie diese an Ort und Stelle finden würde. Außerdem ist noch die ermländische Jugend, die ihre höheren Studien beendet hat. Sie ist zunächst nicht jobfertig, aber wertvoll, denn sie arbeitet wissenschaftlich. Diese jüngeren Forscher verbringen ihre Serien in der Heimat und fühlen noch mehr



als die Lehrer und Schülern den Mangel an wissenschaftlicher Literatur, hier gibt es, meint das Blatt, keinen anderen Ausweg als durch eine wissenschaftliche Bücherei einzurichten. Wir wollen nicht daran, daß nicht nur Buchhandlungen, sondern auch Privatpersonen in freigelegter Weise Opfer in Geldstiftung wissenschaftlichen Büchern bringen würden. Und vielleicht würden sich auch sozial denkende Leute finden, die ganze Sammlungen spenden würden. Man muß nur den Anfang machen und nicht auf bessere Zeiten warten." Weiter heißt es: "Wo möchte die wissenschaftliche Bücherei entstehen? Natürlich in Allenstein, der Hauptstadt des Ermlandens. An ihm konzentriert Allenstein, der Hauptstift des Ermlandens. Hier halten sich auch polnische Wissenschaftler und Intellektuelle auf. Hier halten sich auch polnische Wissenschaftler auf. Außerdem besitzt diese Stadt eine prächtige deutsche Bücherei, die in einem neu ausgebauten Gebäude im Zentrum der Stadt untergebracht ist. Die Errichtung einer polnischen Bücherei könnte daher für Allenstein nur von Nutzen sein. Auch Geländegründe sind vorhanden für Allenstein. Wir wissen nämlich, daß der ehemalige Pole (H) Nikolaus Kopernikus einmal Statthalter von Allenstein war. Allenstein ist daher die würdige Stadt, diesen so wichtigen polnischen kulturellen Vorposten zu befestigen." Was sich die Polenifer darauf freuen emblemen werden!

### Der Polnische Weiterband.

Am 18. November fand in Warschau die schon seit langem angekündigte und mit Spannung erwartete Jahrestagung des polnischen Schriftkreisens statt. An der Tagung nahmen 166 Delegierte teil. Der Korbinianus Flond, der Vorsitzende des Regierungsbüros Oberst Lampe, General Orlicz-Drejser und General Korwin-Roguski hatten der Tagung, zu der Vertreter fast sämtlicher Ministerien und der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig erschienen waren, in Telegrammen begrüßt. Den Höhepunkt der Tagung bildete der Bericht des Direktors Kudlick. Er führte im wesentlichen aus: Mit der grundlegenden Änderung der deutsch-polnischen Beziehungen müßte auch die Politik des Westmarkenerems eine neue Orientierung erfahren. Bislang sei es die Aufgabe des Verbandes gewesen, die deutschen Einflüsse in der Kultur, Wirtschaft und Politik Polens zu liquidieren. Heute aber, wo Polen zu einer Großmacht herangewachsen sei, sei eine solche ausgeprägten negative Betätigung des Westmarkenerems nicht mehr am Platze. Die Hauptaufgabe werde in Zukunft vielmehr die Sorge um die kulturelle und nationale Eigenartigkeit der Polen in Deutschland sein müssen. Diese Aufgabe werde die Antragsung der ganzen Volksgemeinschaft erfordern, die dieser „unerträglich wichtigen und bringenden Aktion“ moralisch und materiell zu Hilfe kommen müsse.

### „Zwischen Norden und Osten.“

Unter diesem Titel ist am 24. November im „Danziger Vorposten“ die erste Nummer einer fünftägigen „Beilage für Literatur, Kunst und Wissenschaft“ erschienen. Zweck und Aufgabe dieser Beilage werden in einem einleitenden Artikel erläutert, aus dem einige programmatische Sätze hervorgehoben seien: „Als Diener einer Weltanschauung, von der abhängig zu sein wir mit Stolz bekehren, der wir uns aus freiwilligem Entschluß als der allein gültigen verschrieben haben, ist uns ein Platz angewiesen. Dieser Platz ist nicht willkürlich gewählt. Er ergibt sich aus unseren praktischen, alltäglichen Lebensbedingungen. Dieser Platz — Danzig liegt, geistig gesehen, an dem Schnittpunkt zwischen Norden und Osten.“ Aus dem Grundsatz alleiniger Gültigkeit der nationalen Gemeinschaft als Ausgangspunkt allen Denkens folgert sich logisch notwendig die Anerkennung fremden Volkstums. Dieser abstrakte Grundsatz dürfte kann und darf nicht genügen, als „Brücke“ oder „Erbänne“ zu geistiger Auseinandersetzung mit dem fremdvölkischen Nachbar zu dienen. Diese Erbänne muß ebenso in der Luft schweben wie ein auf der gleichen Voraussetzungen errichtete Gebäude einer geistigen oder gar politischen Symbiose der Völker. Um es frei heraus zu sagen: Es ist nicht möglich, nicht möglich, mit Aussichts auf Erfolg von Danzig aus ein Studium fremden Volkstums in Angriff zu nehmen. Denn es ist die Aufgabe des nördlichen Welten in seiner hier wirkenden Besonderheit erkannt und es mit starkem, geistigem, national-sozialistisch bestimmten Willen zu neuem Erbäuben in Wort und Tat gemacht hat. Von hier aus werden auch wir an eine verständnisvolle Betrachtung des fremden Volkstums herangehen, dessen geistige Ausstrahlungen in unsere Landschaft hineinreichen. Anders wird jedoch die Befehstigung mit dem eigenen völkischen Grundelement der Erbschöpfung fremder Weltensart vorzustellen, unterscheiden wir aus anderen Überlegungen, die sich hier in Danzig unter der Sternmarke stellen, als alleinige Erfüllung dieser vernünftiger geistlicher Aufgaben herauszutreiben belassen.“ Kampf hat der programmatische Artikel der liberalistischen Gesellschaft an, die sich noch in den Bereichen der Kunst und Wissenschaft selbstesst an, die sich auch dem Spiekerum, besonders dem, das sich national-sozialistisch zu tunen versteht, und Kampf schließlich auch den Deuten, die aus mildernden Volkstümlichkeit zu Verächtern des Geistes geworden sind und alles das für unvollständig erachten, was ohne Bewußtsein nicht begriffen werden kann. Wenn diese neue Beilage des nationalsozialistischen Kampfblattes der freien Stadt Danzig ihrer Aufgabe erfüllen will, dann hat sie ein gebührendes Stück Arbeit vor sich. Zu wünschen wäre, daß alle Artikel — auch die

wichtigeren — mit dem vollen Namen der Verfasser gezeichnet werden.

### Schweidisch-polnische Kulturbesiehungen.

Der Krakauer „Illustration Kurier Codzienny“ veröffentlichte am 19. November einen Artikel über Karl Gustav Selenius, den das Blatt als einen großen Freund Polens und unermüdeten Arbeiter auf dem Gebiete der kulturellen Annäherung zwischen Schweden und Polen bezeichnet. Der Schwedische „Kurier“ nach ist Selenius die treibende Kraft einer schwedisch-polnischen Annäherung auf kulturellem Gebiet, insofern also auch für den deutschen Beobachter der „nördlichen Orientierung Polens“ von Interesse. Selenius hat kürzlich vor der Schweidisch-polnischen Gesellschaft in Stockholm, die mit seiner Initiative zurückgeht, seinen 100. Vortrag über Polen gehalten. Seit der staatlichen Erneuerung Schwedens betreibt er in Schweden mit unermüdetlicher Energie die Propagierung der polnischen Kultur und die Verbreitung des Wissens über das polnische Volk. Seinen Bemühungen, schreibt das polnische Blatt, verdankt die Universität Giesebrechtsen in Warschau, die polnische Literaturgesellschaft in Giesebrechtsen in Giesebrechtsen, Polen und Krakau hervorragende Gedenke in Gestalt großer Bücherfeste aus dem Bereich der schwedischen Literatur und Geschichte. So hat insbesondere die Jagiellonische Bibliothek in Krakau als Geschenk der Schweidisch-polnischen Gesellschaft in Stockholm im Jahre 1932 auf Betreiben Selenius' eine über 1000 Bände umfassende Bücherfeste erhalten, die die gesamte schwedische Literatur und die schwedischen Überlegungen polnischer Autoren enthält. An dem Bestreben, die Kenntnis der schwedischen Sprache und Kultur unter der polnischen Bevölkerung zu verbreiten, hat Selenius als der eigentliche Initiator und Mitbegründer des schwedischen Lektorsats an der Jagiellonischen Universität, eines der noch wenig zahlreichen Lektorsats in Polen, die aus ausländischen Stiftungen ins Leben gerufen worden sind. Ferner sind auf Anregung und Betreiben Selenius' in einer Reihe von größeren polnischen Städten, in Warschau, Polen, Lodz, Krakau und Gdingen, polnisch-schwedische Gesellschaften entstanden. „An Anerkennung seiner großen Verdienste um das polnische Volk“, so schließt das Krakauer Blatt seinen Vorgesartikel, wurde Selenius von der polnischen Regierung der Orden „Polonia Restituta“ verliehen.

### 500 000 Polen vor der Ausweisung?

Die große Sorge um das Schicksal der polnischen Arbeiter in Frankreich, wo jetzt eine rückwärtslose Ausweisung aller ausländischen Arbeiter angekündigt ist, kommt in der gesamten polnischen Presse in nicht minder lebhaften Äußerungen gegen Frankreich zum Ausdruck. Es wird immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die Polen keineswegs nicht aus eigenem Antrieb nach Frankreich abgemwandert, sondern von französischen Unternehmen und Behörden angeworben worden seien. Auch befänden zwischen Frankreich und Polen Vereinbarungen über diese Arbeiter, die Frankreich einhalten müßte. Die Ausweisungen würden den Bestimmungen des Abkommens vom 19. März 1919 widersprechen, das in den Jahren 1920 und 1924 durch zusätzliche Bestimmungen ergänzt wurde. An den Warschauer polnischen Kreisen sieht man in der ganzen Aktion ein politisches Druckmittel gegen Polen.

Nach den Berichten der polnischen Konsulatsbehörden befanden sich am 1. Januar d. J. in Frankreich insgesamt 523 000 polnische Staatsangehörige; die Mehrzahl bildeten landwirtschaftliche, gewerbliche und Bergwerksarbeiter. Im Laufe von zehn Monaten dieses Jahres wurden 5000 Bergleute und Arbeiter aus der Arbeit entlassen und in Staatsangehörigen, die ausgemeldet in Frankreich mochten, wird auf ca. 100 000 geschätzt. Von dieser Zahl befinden sich etwa 100 000 inamerikanische Arbeiter, etwa 20 000 Bergarbeiter und über 60 000 gewerbliche Arbeiter. Dank den Bemühungen der polnischen Konsulatsbehörden haben die entlassenen polnischen Bergarbeiter von den Grubenverwaltungen Geld zur Reise nach Polen und zum Transport ihres Inventars sowie eine einmalige Abfindung in Höhe von 300—500 Franc erhalten. Man muß dafür Sorge tragen, daß auch die aus den Fabriken und industriellen Anlagen entlassenen Arbeiter Geldmittel zur Rückkehr nach Polen erhalten. Nach ihrer Ankunft in Polen werden die Arbeiter im Arbeitsermittlungssamt registriert und nach Arbeitsstellen beschäftigt. Vorgelesen sind besondere Anordnungen, um den aus Frankreich ausgewiesenen polnischen Arbeitern eine entsprechende Fürsorge sicherzustellen.

### Konflikt zwischen der Armes und den „Wiadomosci Literacki“.

Die „Wiadomosci Literacki“ sind das „führende“ Literaturblatt Polens. Das Blatt gehört nach dem Regierungsorgan an, hat in diesem Lager aber seit langem einen entschiedenen Gegner. Denn in ihm kommt der zerschlagene lässliche Geist in demselben Ausmaß zur Geltung, wie man das früher in Deutschland bei den „führenden“ Geistesblättern üblicher Literaten gewohnt war. Der verontene Deutschfeindlichkeit des Blattes entspricht seine ebenso große Vorliebe für den Bolschewismus auf politischen und kulturellem Gebiet. Kein Wunder, wenn man sich die Beschlüsse des Blattes betrachtet: Juden leben ich an — Antoni Gornan und Mieczyslaw Grcjander — Grzybowski. Der kurzen haben nun die „Wiadomosci Literacki“ eine Reportage „Der

„Weg des Rückens“ gebracht. Durch diesen Bericht fühlten sich die aktiven Offiziere beleidigt, was ja wohl auch der Zweck der Veröffentlichung gewesen sein mag. Im dem Organ des polnischen Heeres, der „Polska Brojina“, erschienen einige „offene Briefe“ von einzelnen Offizieren, ganzen Truppenteilen und Begehren des Literaturblattes. Als dem Protest gegen die „Biadomosci Uteracki“ nahmen bald alle polnischen Garnisonen teil. Diese Protestbewegung hat dann schließlich dadurch einen gleichsam amilischen Charakter erhalten, daß das Kommando des Krakauer Wehrkreises allen ihm unterstelltenformationen den Weg der sogenannten Zeitschrift verbietet. Der Befehl ist in allen Militärkasinos, -Speisräumen, -Heimen, -Verleihen usw. angehängt worden.

### Das Deutschtum in der Sowjetunion.

Nach den amtlichen Angaben der Moskauer Regierung hat es im Jahre 1926 im Gebiet der Sowjetunion 1 238 549 Deutsche russischer Staatsangehörigkeit gegeben. Davon haben über eine Million Deutsche auf dem Lande gelebt. Auf die einzelnen Staaten der Sowjetunion verteilen sich die Deutschen, wie wir der ausführlichen Zusammenstellung in „Nation und Staat“ (Novemberheft 1934) entnehmen, wie folgt:

Ruß. Sow. Föderat. Sowjet-Rep.	806 501
Weihrußland	7 075
Ukrainien	393 924
Krasskajakajien	25 327
Aschkeitan	4 232
Kurkenistan	1 276

Von den Deutschen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik bildet die meistaus größte Gruppe in der Autonomen Republik der Wolgadäutschen, nämlich 379 630. Weitere größere Gruppen von Deutschen sind in folgenden Gebieten verzeichnet:

Kajon Norikaukajus (bef. Wes. Armanik und Terek)	95 915
Sibirien (bef. Wes. Omik und Stangorob)	78 798

Autonome Republik der Kajakas (bef. Wes. Akmolinsk) 51 102  
Autonome Republik der Krim . . . . . 43 631  
Gouvernement Saratow . . . . . 41 214  
Kajon Weningrad-Karelien (bef. Weningrad) . . . . . 32 478  
Von den 394 000 Deutschen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjet-Republik entfallen 295 587 auf den Kajon der Steppes; und zwar sind die Deutschen dort besonders stark vertreten in den Bezirken Odessa (rd. 71 000), Melitopol (rd. 44 000), Nikolajew (rd. 31 000) und Mariampol (rd. 26 000). Im Kajon Dnepropetrowsk wird die Zahl der Deutschen mit 45 061 und im Kajon des Berglands mit 37 483 angegeben.

Von den etwa 7000 Deutschen der Weißrussischen Sozialistischen Sowjet-Republik sind 3556 im Bezirk Mofy. In der Krasskajakajien Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik überwiegt im Gegensatz zu den bisher erwähnten Gebieten das jüdische Deutschtum das auf dem Lande. Die Republik zählt nach den amtlichen Angaben 25 327 Deutsche, davon 17 525 in den Städten. Die Stadt Baku allein zählt 6375 Deutsche; in anderen jüdischen Siedlungen der Republik Aserbeidschan werden 3856 Deutsche verzeichnet. Die Stadt Tiflis weist 3156 Deutsche aus; die übrigen jüdischen Siedlungen der Republik Georgien (mit insgesamt über 12 000 Deutschen) sind mit 3872 Deutschen verzeichnet.

### Neue Bahnverbindung Warchau-Krakau.

Am 24. November wurde die neue Eisenbahnstrecke Krakau—Radom—Warchau in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Kozojnicki, mehrerer Minister und hoher Persönlichkeiten des Regierungsbüros eingeweiht. Neugebaut ist die Strecke Krakau—Mieshof. Sie ist 52 Km. lang und ist ein Abschnitt der großen Hauptlinie Warchau—Krakau über Radom—Kielce. Die neue Verbindung Krakaus mit der Landeshauptstadt ist um 46 Km. kürzer als die über Petrikau—Sienstochow führende Strecke.

## Vorgeschichtliche Funde im Osten.

Die großen Erdarbeiten, die beim Bau der Reichsautobahnen, bei den landwirtschaftlichen Meliorationen usw. notwendig sind, fördern überall reiches vorgeschichtliches Material zu Tage. Die „Wissenschaft des Spatens“, die vom Nationalsozialismus mit allen Mitteln gefördert wird, hat durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gleichsam ein „Rebenprodukt“ eine Fülle neuen Wissensstoffes erhalten. Die jahreweisen Fäden, die bisher noch im Wissen über das Leben unserer Vorfahren bestehen, werden langsam gefüllt. Manche Vorurteile, die gegen die germanischen Vorfahren von Generation zu Generation fortbestanden und von den römisch angekränkelten Geistern und sonstigen weltanschaulichen Interessenten gefestigt wurden, sind durch die vorgeschichtliche Forschung bisher schon widerlegt und mitunter auch als bewusste Böswilligkeiten gekennzeichnet worden. Was hier am meisten interessiert, ist die Kultur, das die heutigen Funde, die besonders in letzter Zeit allenthalben in den Ostprovinzen gemacht worden, immer von neuem wieder die Lehre der deutschen Wissenschaft bestätigen, daß ganz Ostdeutschland viele Jahrhunderte, bevor der erste Slawendort auftauchte, germanischer Heimatboden gewesen ist, und daß die germanischen Stämme, die in vorgeschichtlicher Zeit in den Ländern an Oder und Weichsel siedelten, auf einer hohen Kulturstufe gestanden haben.

Das wird z. B. auch durch die Funde bestätigt, die unweit der Grenze des Hülfsfürstentums bei Wojanow am Kaltrande der Ginnä gemacht worden sind. Schon jahrhundertlang sind hier die heidnischen Siedlungen der nordischen Kultur bekannt, aber erst in den letzten Jahren wurden bronzezeitliche Siedlungen aus der Zeit von 1400 bis 500 v. Chr. am Kaltrande der Ginnä festgestellt. Diese bronzezeitlichen Siedlungen liegen unweit der Stelle, wo der größte Findling Oberschlesiens gefunden worden ist, der heute als Ehrenmal für die gefallenen ober-schlesischen SA-Männer auf dem Horst-Wessel-Platz in Ratibor steht. War die Lage des bronzezeitlichen Dorfes bekannt, so suchte man lange nach den zugehörigen Friedhöfen. Jetzt wurde auch das Urnenfeld endlich gefunden. Beim Wühlen lag ein Wandbein auf seinem Sockel, nämlich ein „Wojanow“, auf Höhe, die nur 10 Zentimeter unter der Ackeroberfläche zum Vorschein kamen. Er lag den Fund unterirdisch im Boden und machte Mielung. Präparator Hanske vom Landesamt für Vorgeschichte in Ratibor nahm eine der ersten Ausgrabungen auf dem Urnenfeld vor. Ueberaus wichtig ist das Ergebnis. Ein Urnengrab der frühen Eisenzeit mit Leichenbrand in einem Topf kam hier u. a.utage; weiter eine Fülle von schönen und seltenern Gefäßen. Schalen und Töpfen, von großen Teil schwarzglänzend glaziert und mit Verzierungen geschmückt. Besonders wichtig aber ist durch den Findling schon mancherorts festgestellt worden; denn viele Scherben des hier Acker unter. Wiederrum sprechen die in Wojanow aufgefundenen Gräber eine deutsche Sprache von der hohen Kultur der jüdisch-schlesischen bronzezeitlichen Bewohner. Die

sind um die Mitte des 1. vorchristlichen Jahrtausends aus diesem Gebiete verschunden und wohl in den Kriegszügen untergegangen. Die Jahrtausende lang bewohnt gemessenen Siedlungen waren, wie sich hier feststellen läßt, aufgegeben worden. Die letzten Urnenfelder dieses Volkes sind im 6. Jahrtausend v. Chr. angelegt worden. In den folgenden Jahrhunderten kamen von Osten die Skyten, von Süden die indogermanischen Kelten, die gerade das südborder-schlesische Gebiet einige Jahrhunderte hindurch besetzt hielten, bis auch hier die germanischen Vandalen aus Nordwesten schloß wurden. Jahrhundertlang lassen sich die Vandalen in Südborder-schlesien beobachten, und gerade aus der Wäskernänderungszeit liegen besonders reiche Siedlungsfunde auf dem Gelände bei Wojanow vor.

## Schaff' Dir Freude



Durch eine  
Patenschaft im Winterhilfswerk

## Vor dem Ende des Rohlenkrieges.

Wie in den baltischen Völkern, so tritt England auch in Polen als der hauptsächlichste Konkurrent des deutschen Außenhandels auf. In den kleinen baltischen Staaten ist es England verhältnismäßig leicht gefallen, an die früher von Deutschland behauptete erste Stelle als Abnehmer und zum Teil auch als Verarbeiter kleiner Völker, deren handelsmäßig England hatte die Initiative beizubehalten, deren Außenhandel von einer deutsch-englischen Politik beeinflusst wurde, zu wenig eigene Kräfte entgegenzusetzen, um nicht bald in eine mehr oder weniger starke Abhängigkeit von dem — politisch ermittelten — englischen Handelspartner zu geraten. Weniger leicht war es, mit Polen zum Zuge zu kommen. Denn Polen erwieis sich für das von Währungs- und Abfahrfragen heimgeführte England sehr bald als ein ernst zu nehmender Partner. Was den landwirtschaftlichen Export anging, so geriet Polen zwar nicht anders als die baltischen Völker in eine weitgehende Abhängigkeit von England. Auf industriellen Gebieten aber vermochte es dem englischen Vordringen einen erheblich stärkeren Widerstand als die kleinen Ostländer entgegenzusetzen. Und vor allem machte es sich für den englischen Rohlenexport in höchstem Maße unangenehm bemerkbar. An der Rohlenklippe sind bisher die englisch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen immer wieder gescheitert.

England hat sich im Laufe der Jahre dazu bequemen müssen, Polen hinsichtlich seines Rohlenexportes als einen gleichberechtigten Gegner, mit dem man sich gutlich auseinanderzusetzen muß, zu betrachten. Seit fast neun Jahren dauernd hat der englisch-polnische Rohlenkrieg an sich selbst im Jahre 1928 einen vorläufigen Stillstand erlangt. In diesem Jahre bemühte sich, auf den bis hierher vom baltischen Rohlenhandel beherrschten Absatzmärkten, vor allem den nordischen Märkten, festzusetzen, und zwar mit der Absicht, diesen Gewinn unter keinen Umständen freiwillig wieder herauszugeben. Beide Länder haben im Kampf um die Rohlenmärkte schwere Opfer gebracht; aber schließlich hat keiner den anderen aus dem Feld schlagen können, denn Polen auch von seinen früheren Erfolgen wieder einiges eingebüßt hat. Die laufenden Dritten sind die Völker gewesen, in denen sich der Wettbewerb der polnischen mit der englischen Rohle abspielte. Polen hat seinen Export in zunehmendem Maße nur mehr zu verlustpreisen aufrecht zu erhalten vermocht. Der Binnenmarkt hat für die Verluste der Ausfuhr durch überhöhte Rohlenpreise aufkommen müssen. Für Polen ist die Aufrechterhaltung der Rohlenausfuhr eine Währungs- und Sozialfrage geworden. Der Verlust dieses Exportes würde nicht nur das Ausbleiben der dringend notwendigen Devisen, sondern auch eine gefährliche Vermehrung der Arbeitslosigkeit im oberberghäufigen Industriezweig zur Folge haben. Um das zu verhindern, ist Polen selbst vor der rückläufigen Unterbietung der Kohlenpreise im Ausland nicht zurückgeblieben.

England hat auf verschiedene Weise versucht, den hartnäckigen Konkurrenten zur Kapitulation zu zwingen. Die Verhandlungen, die Diplomatie, durch die eine internationale Regelung der Rohlenpreise in den Bergwerken Polen den Wettbewerb durch eine Erhöhung der Gestehungskosten seiner Rohle zu erschweren, schlug fehl. Einen empfindlichen Schlag führte London dann mit der Fluidentwertung auch gegen die polnische Rohle. Aber Polen gelang es im wesentlichen, sich auch gegen die damit verbundene Preislenkung der englischen Rohle zu behaupten. Allerdings wurde es dadurch

doch so sehr in Mitleidenhaftigkeit gezogen, daß es sich wenigstens zu Verhandlungen bereit fand. Aber die Verhandlungen, die 1929 in Berlin und 1931 in London aufgenommen wurden, blieben schließlich ohne Ergebnis. Die Gegner waren noch nicht müde geworden, die verluste des England auf andere Weise, es begann eine förmliche handelspolitische Einkreisung Polens, indem es nacheinander mit den nordischen und baltischen Staaten Verträge abschloß, in denen diese sich gegen aufprechtend englischen Anschlägen gegenwärtig ihre landwirtschaftlichen Exporte verpflichteten, einen bestimmten Vorrat Rohlenbedarf ihres Rohlenbedarfs in England zu decken. Polen bekam die Folgen dieses englischen Vorgehens bald zu spüren, es büßte einen Teil seines Rohlenexportes nach den auf diese Weise an England gebundenen Völkern ein. Aber es rächte sich dadurch, daß es nunmehr mit seiner Rohle in die bis dahin von England fast ausschließlich beherrschten Absatzmärkte einbrach. Polnische Rohle landete in Italien, Gibraltar und den übrigen Mittelmeerländern, in Indien, Afrika und selbst in Australien auf, und eines Tages tief ein Dampf mit polnischer Rohle sogar auf der Seebrücke in London ein — gleichsam als Warnung an die britische Regierung: Verstandigung oder hemmungsloser Kampf! Aber es hat sich hierbei noch schon um Verweisselungsmaßnahmen gehandelt. Die Verluste, die ein solcher Export einbringen mußte, waren für Polen kaum noch zu ertragen. Überdies ging auch der landwirtschaftliche Export Polens nach England mangelnd, vor allem aber vermöglicherweise mit Rückschritten zurück. Auch England fing an, müde zu werden.

Im Herbst 1931 fing man wieder an zu verhandeln. Vertreter der polnischen Rohlenindustrie gingen nach London, um mit dem englischen Grubenbesitzer Südlung zu sprechen. Diese hatten damals jedoch Forderungen, die Polen nicht annehmen konnten, Polen ging noch einmal zu einem neuen Angriff auf die englischen Absatzmärkte vor. Und im November, als die Rohlenbeförderungen in Warschau wieder aufgenommen wurden, zeigten sich die Engländer schon eher bereit, auf die polnischen Wünsche einzugehen. Der Rohlenkrieg scheint sich seinem Ende zu nähern. Die skandinavischen und die anderen Märkte, auf denen englische und polnische Rohle miteinander konkurrieren, sollen durch die Vereinbarung von Kontingenten beschränkt werden, bei deren Bemessung der Zeitraum der letzten Jahre zugrunde gelegt werden soll. In den skandinavischen Völkern weist die Rohlenverflechtung schon ihre Schatten voraus: die Rohlenpreise stehen an.

Wenn der Rohlenkrieg beigelegt wird, ist der Weg zu einer weiteren Wirtschaftsverflechtung zwischen England und Polen geebnet. Die beiderseitigen Regierungen stehen zur Zeit wegen des Abschlusses eines Handelsvertrages miteinander in Übung. Unabhängig davon streben gegenwärtig zwischen den Vertretern verschiedener Wirtschaftsgruppen der polnischen Metall-, Maschinen-, der chemischen und elektrotechnischen Industrie in England, um dort eine Stärkung der polnischen Industrie zu prüfen. Es liegt auf der Hand, daß Deutschland an den englisch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ein lebhaftes Interesse haben muß.

## Zusammenarbeit Württemberg-Ostpreußen.

Vor kurzem hielt sich der württembergische Wirtschaftsminister Dr. Rehnisch in Ostpreußen auf, um die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen dem Südwesten und dem Nordosten Deutschlands auf dem Gebiete der Siedlung an Ort und Stelle zu prüfen. Die Voraussetzung zu einer solchen Zusammenarbeit ist sowohl durch die Tatsache gegeben, daß Württemberg Menschen abgeben, Ostpreußen aber aufnehmen kann, wie auch dadurch, daß das Ziel des Erd-Rohlen-Planes die Schaffung einer Bevölkerungs- und Sozialstruktur in Ostpreußen ist, die denjenigen Württembergs möglichst ähnlich ist. Über seine Erfahrungen und Ansichten über eine südwest-nordöstliche Zusammenarbeit hat sich Dr. Rehnisch einmal Vertreter der „Reichs- und Weltweiten Zeitung“ gegenüber u. a. folgendermaßen geäußert: Der entvölkerte Osten brauche Menschen, während die überfüllten Gebiete des Westens und des Südens, insbesondere Württemberg, Menschen abgeben könnten. Dabei handele es sich sowohl um die bäuerliche Siedlung als auch um die Verpflanzung von Gewerbetreibenden und Unternehmern. Wesentlich ist dabei, daß Menschen nach dem Osten kommen, die über reiche Erfahrungen und gründliches Wissen auf ihrem Gebiete verfügen. Das Streben ist, geschilderte Ziele hauptsächlich durch die Siedlung zu schaffen. Zu diesem Zweck sind eine besondere Siedlungs-Gesellschaft, die Rohlen-Siedlung G. m. b. H., geschaffen worden, die nicht nur Württembergern, sondern auch Badener, Sachsen und Westfalen ansiedeln soll, und die bereits ihre praktische Arbeit in Mleklenburg, Pommern und Schlesien aufgenommen habe. Für Ostpreußen sei an die Zusammenarbeit mit der Ostpreußischen Landgesellschaft gedacht. Ostpreußen verpflanze sich, die in Schwaben

wohnenden Kräfte und Erfahrungen nutzbar machen zu können. Württemberg sei nicht ohne, seiner Überführungsbedürftigkeit neue Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen und durch die enge Verbindung mit seinen nach Ostpreußen gehenden Menschen auch der Wirtschaft der eigenen Heimat zu dienen. Über all diesen Ermahnungen schwebte der große Gedanke, dem Aufbau des deutschen Ostens zu helfen.

Über die Finanzierungsmöglichkeiten sagte Prof. Dr. Rehnisch, man sei befreit, die für die Siedlung im allgemeinen zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch zu nehmen. Davon dürfe jedoch nicht übersehen werden, daß infolge der Sparpolitik des Schwabens keiner der für die Siedlung in Ostpreußen aufgestellten Fragen kommenden Württemberger ohne Geld hin komme. Man würde haften, welche Mittel selbst Leuten zur Verfügung ständen, die sich auf eine ganz kleine landwirtschaftliche oder gewerbliche Grundlände stützen.

An der klimatischen Verschiedenheit, sagte Prof. Rehnisch weiter, liege er keine besondere Schwierigkeit, weil der Schwab der geborene Siedler ist, der sich durch die schwierigen Verhältnisse durchsetzen könne. Die einzige Schwierigkeiten, die sich aus der kulturellen Verschiedenheit Schwabens und Ostpreußens ergeben könnten, anlangend, so sollen diese von vornherein durch die Form der geschlossenen landwirtschaftlichen Siedlung behoben werden. Aber die Siedlung in Rußland, im Donau und in Südamerika und anderswo durchführt, werde er sich auch im weiteren deutschen Vaterlande, ganz gleich, wo er angelegt werde, auch durchsetzen verstehen.

# Buchbesprechungen.

**„Liebe zu Deutschland.“** Gedanken und Bilder. Herausgegeben von Will Koch und Friedrich Dörfler. Verlag Halle u. Co., Berlin 1934, 77 Seiten, 77 Bilder, Kart. 3,50 RM. — Die Zeit, in der „politische Bücher“ herausgegeben wurden, um die Festimmung einer Konjunktur auszunutzen, ist heute vorbei. Damals konnte sich mancher auf die begünstigte Gutwilligkeit des Lesers und Käufers verlassen. Heute werden schon mehr Ansprüche an die Güte des Inhalts gestellt. Was ist gut so. Die Verleger und Herausgeber haben sich danach zu richten. Von dem Buche „Liebe zu Deutschland“ kann man sagen, daß Verlag und Herausgeber sich danach gerichtet haben. Die Bilder sind im allgemeinen gut ausgewählt und zusammengefaßt (der Offen hätte freilich eine härtere Berücksichtigung verdient). Der Druck ist einwandfrei. Di eilenderweise den Bildern sinnigste besagenden Worte beobachtend deutscher Menschen früherer Zeiten ist gelungen. Die Zeit erfüllt ihre Aufgabe, dem Einflusse des im Bilde Dargestellten auf das Allgemeine zu lenken. Man kann dem Buche weit Verbreitung wünschen.

Dr. R.

**„Der Hof in Malaren.“** Roman von Runo Feldner. Verlag der J. S. Cottafachs Buchhandlung Kaufbeuren, Stuttgart u. Berlin 1934, 311 Seiten. Kleinen 4,80 RM. — Ein junger Ostpreuße legt hier sein Erklärungsmodell vor. Im Mittelpunkt des Romans, der in manchen Teilen eine gereifte Seltungskraft erkennen läßt, steht eine Frau, deren Geschick sich in tragischer Weise mit dem eines wäuerlichen Bauernhofes verbindet. Der Konflikt, in den die wäuerlichen alten Bauern und dem jungen Knacki lebende Frau gerät, gibt Geschehnis, scharf umrissene Charaktere zu zeichnen und selbst die feinsten Widersprüche und krankhafte Verwirrung der Bäuerin noch glaubhaft zu schildern.

**„Ostdeutsche im Schrifttum.“** Der alte nördliche Kämpfer, Prof. A. D. Bartels hat lange einsum um seine Ideen ringen müssen. In vielen literaturgeschichtlichen Werken trat er dafür ein, daß das deutsche Schrifttum, aus fremdbildiger Fessel gelöst, zur eigenen Zeit zurückfinden müßte und nur mit ihren Maßstäben zu werten lie. Von der Meute liberalistischer Ästhetik umhüllt, hat Bartels ein Leben der deutschen Kunst genwidmet und ist durchgedrungen. Sein neues Buch gibt nicht einmal alle die notwendigen Hinweise auf arbeitstimmende Schöpfen, und es ist charakteristisch, wieviel o d e u t s c h e Schöpfende der deutschen Literatur das Gepräge gaben. Unser Offen soll ja so kulturarm sein! Aber die Aufgaben, die das Schicksal gerade ihm gab, ließen ein besonders starkes, rühmendes Geistesleben zur Entfaltung gelangen. In der Einführung in das deutsche Schrifttum für die deutsche Gegenwart (Weigand, Röhde, u. Amelang) finden wir eine Darstellung der deutschkulturellen Dichtung von den Anfängen bis zur Gegenwart und entdecken unter den schier zahllosen Namen immer wieder solche, deren Eräger dem O f t u r u m entstammen.

Dr. v.

**„Drei ostdeutsche Wäuer aus dem Verlag Westermann, Braunschweig.“** Eine Reihe der bekannten historischen Romane von W. Janßen sind neu aufgelegt worden. Zwei davon geben den O f t m ä r k e r an; geschichtliche Ereignisse aus früher Zeit sollen sich nur ans ab.

Das Buch „Heinrich der Löwe“ zeigt uns den Konflikt zwischen den beiden genialen deutschen Fürsten, Heinrich dem Löwen und Barbarossa. Im Süden verbluten nutzlos die Besten des deutschen Heeres. Heinrich der Löwe erkennt, daß es richtiger ist, das Reich gegen die einfallenden Öänen und Slawen zu führen, daß das Schwergewicht des Reiches nicht im Süden, sondern im Osten liegen muß. Er kolonisiert sein Land, baut Grenzfesten, es blüht auf wie nie zuvor. So verweigert er dem Kaiser Barbarossa die Herzogtümer nach Italien, ohne sich klar zu machen, daß dieser Schritt seinen Untergang zur Folge haben muß.

**„Der Getreide des Löwen.“** Geschichtliche Erzählung von J. H. Nie m e r. Verlag Abel u. Müller, Leipzig. Geb. 2,20 RM. — Von Heinrich dem Löwen und seinem Vönerburger Knappen Heinz Koepfene, von dessen, hartem Kampf um das Ostland, von deutscher Bauernliebe und deutscher Frau ein Buch, das unsere Jugend packen kann und zugleich ein gutes Bild gibt von jener heidnischen Zeit, in der das Wänerland unserm Volk und der nördlichen Kaiser zurgenommen wurde.

Dr. v.

**„Der Preußenkalender Carl Danas“** ist wieder erschienen! Draufwoll die Bilder deutschen Lebens aus großer Vergangenheit und blutvoller Gegenwart! Das Ostdeutsche überwiegt selbstverständlich. Viel Schönes, oft Unbekanntes finden wir. Nicht nur ein Zimmerbuch, sondern eine Entdeckungsfahrt in deutsches Menchtum bietet der Kalender, der im Schliesien-Verlag, Berlin SW 11, erschien (2,30 RM.).

Dr. v.

**„Die Geier um Marienburg.“** Ein Deutschertrömerroman aus der Zeit des ersten Cannenberg. Im Mittelpunkt die einzigartige Gestalt Plauenens, des Mannes, der den Orden zu letzter Kraft emporriß, der man schließlich mit Verrat und Mißgunst „donkt“.

Eine besonders dankenswerte Leistung des Verlages ist die Volksausgabe des bekannten Kaufmannsromans „Soll und Haben“ von Gustav Freytag. Der geschmackvoll ausgestattete Band ist zum Preise von 2,85 RM. zu haben.

**Verlag: Bund Deutscher Osten G. V., Berlin W 30, Rosstraße 41. — Fernruf: B 5 Barbarofa 0914. — Postfachkonto: Berlin 63839. Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Rebel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 11. — T. u. W. N.**

**R. C. von Orthen: Der große Krieg 1914—1918.** Eine kurze Übersicht der militärischen Ereignisse. Mit 7 Karten. Reclams Universalbibliothek. Geb. 40 Pf., geb. 1,40 Pf.

Das Bündnis gibt eine Gesamtübersicht über den Kriegsverlauf von Lande und zu Wasser, in Europa und in den Kolonien. Ein unentbehrliches kleines Nachschlagewerk.

**Song in die Dämmerung.** Von Agnes Miegel. Verlag Eugen Diederichs, Jena. Sieben meisterhafte Erzählungen der großen ostpreußischen Dichterin zeigen eine eigene Welt inneren Erlebens, eine weite innere Schau. Der Ruf des Schicksals, der in jeder Geschichte anders anklingt, packt und zwingt den Leser. M. S.

**Heroldische Politik.** Wie leben inmitten des neuen Geschichts-

werdens? Von heroldischer Politik, die lets in großen Sühnern und treuen Erfolgsmännern unser Schicksal bestimmt, wandert der Blick in die Zeiten, die aus dem Licht erleben sollen. „Rückkehr zur Politik ist Rückkehr zur Geschichte.“ Das „geschichtslos“, passiv Jähzorn und Dämmerpiel, das mit dem 9. November 1918 anhebt, ist durch Adolf Hitler überdummen. Es ist eine Philosophie der Geschichte, die Wilhelm Rößle (bei Eugen Diederichs, Jena; 3,40 RM.) uns gibt; es lehrt die Zeit von ihren inneren Kräften uns begreifen und will zu klarer Zielchau führen, die gerade im „Politischen“ unentbehrlich ist. Dr. v.

**„Deutschland muß leben!“** Eine Sammlung nationaler Gedichte, zusammengefaßt von Werner Koch und Paul Skriewe. Pädagogischer Verlag Halle. — Alte vaterländische Gedichte und neue Verse aus unserer Zeit. Begrüßenswert ist, daß auch O f t d e u t s c h e, wie Arndt, Schenkendorf, Alexis, Rheinick, Crojan, Cübcke, Jlex, H. Mempel, Nietzsche — wenn sich die Reihe auch erheblich hätte erweitern lassen — vertreten sind. M. S.

**Der General.** Von Albrecht Schaeffer. Verlag Büttner u. Coening, Frankfurt/Main. Eine parte, sehr homogene kleine Erzählung des bekannten ostpreußischen Dichters. Im Mittelpunkt der General, der aus seinem Verste, vor allem seiner Jugend eracht, 1870 ist er alt genug, den Aufstieg des Vaterlandes mitzuerleben, 1918 noch nicht zu alt, Schmach und Niedergang zu begreifen und danach den Anbruch einer neuen Zeit zu ahnen.

**„Dienst am Deutschland.“** Jahrbücher für das deutsch Hoch 1935. Mit 35 Bildern. J. S. Neumann Verlag, München. Preis 1,— RM. Im vierten Male erscheint besser schon dieser schöne Zeitschriftenroman, der in den vergangenen Jahren schon zahlreiche Freunde erworben hat. Wieder läßt er im Zeichen aller der westlichen Sozialisten-Krigen des Nationalsozialismus. Heroisierende Bilder aus der germanischen Vorgeschichte bemalen, daß unsere Verfahren keine „Barbaren“ gewesen sind, viele Bildblätter stehen im Dienste der Rassenkunde, wieder andere im Dienste von Heimat und Volkstum, Persönlichkeit und Weltanschauung. Das Deckblatt des Jahrbüchers zeigt die eindrucksvolle Büste des Führers von Prof. Fred. Liebermann. Unter den zahlreichen Wandkalendern, die alljährlich herauskommen, ist dieser unbedingt mit an erster Stelle zu nennen.

**„Deutsches Völkertum.“** Von völkischen Erweckern und politischen Gestalten, von Wegbereitern des deutschen Sozialismus kindert Dr. Martin Feinert: von Luther, dem Glaubenserneuerer; Schiller, dem Dichter des Heilichen; Bichte, dem Philologen der Gemeinsofthidise; Gagarde, dem Erzieher zu wahrhaftigem Aufsteigen; Möller von den; dem Lehrer, der das Dritte Reich schaute und geistig vorgeleitet; von Friedrich dem Großen, aus dessen „Hofstaat Preußen dann Deutschland wurde; Stein, dessen Feind die Feinde juchend, die unsere Kraft alljährig anreißt; Bismarck, dem Schöpfer des Kaiserreiches; Stöcker, dem Rinder des Völklichen; Hitler, dem Bahnbrecher zu neuem Aufbruch. Es ist ein Führertum zu den Urkräften deutscher Rasse und zum ewigen Deutschland, das hier lebendig geschildert wird. (Verlag Gustav Schloemann, Leipzig. Preis 3,40 RM.)

**„Von inneren Kennzeichen.“** Der Wänergebur aus dem Reich des Seelischen ist die Arbeit des Verlages Eugen Salzer. Selbstrom, gewidmet, der bekanntlich auch dem Offen und seinen geistigen Menschen viel Raum gibt. Die kleinen Schriften, die er jetzt wieder vorlegt, „Binne Hagens Kampfung Gott“ und Wilhelm Kobbien, „Sein Wehnachtsabend“ von Hermann Oger und „Aus dem Wehnachtsabend“ von Anna Schieber (schon gebd. nur 1,— RM. bjm. 80 Pf.) sind Bücher, an deren Inhalt der deutsche Mensch, der das Äußere nicht ohne das Innere gestalten will, Freude und Kraft schöpfen kann. Sie seien gerade für die Abwärt- und Wehnachtszeit empfohlen! Dr. v.

**Der Reich.** Von Dr. Paul Alpers. Verlag M. Vietterweg, Frankfurt a. M. 3,20 RM. — Von der Ebbe und dem Heilen über Mythik und Kultur, über die Denker und Feldher der Freiheitskriege bis zu Bismarck, Gagarde, Weltkrieg und völkischem Aufbruch der Gegenwart Zeugnisse eines artemagen deutschen Glaubens, Zeugnisse selbst aus dem Menschen, die dem Ostland entsprossen sind und im Schicksal, demut und unerschrocken, die Verantwortung mit dem Ewigen führen; die uralte und ewig neue Welteshaltung des ostdeutschen Menschen. Dr. v.